



# Protokoll

der 10. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 17. April 2024, um 9:00 Uhr

**Vorsitz:** *Claudio Miozzari, Grossratspräsident*  
**Protokoll:** *Beat Flury, I. Ratssekretär*  
*Sabine Canton, II. Ratssekretärin*  
*Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*  
**Abwesende:** *Patrick Fischer (SVP); Daniela Stumpf-Rutschmann (SVP)*

## Verhandlungsgegenstände:

1.	Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung .....	2
11.	Umsetzung eines neuen Angebots zur freiwilligen Begleitung und Befähigung - Ausgabenbewilligung für die Jahre 2024 bis 2028, Bericht der GSK .....	4
12.	Petition P471 "Ausbau und Erweiterung der Workout-Anlage im Dreirosenpark Basel", Bericht der PetKo	7
13.	Petition P473 "Für ein Ackermätteli ohne Schulprovisorium" .....	8
15.	Antrag Fina Girard und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend eine gesicherte Teilnahme der Schweiz an Erasmus+ .....	9
16.	Motion 1 Joël Thüring und Konsorten betreffend Bezahlkarte für Asylbewerber .....	9
17.	Motion 2 Christian C. Moesch und Konsorten betreffend Rückvergütungen von kantonalen Überschüssen an die steuerzahlenden Privatpersonen .....	16
18.	Anzug 1 Pascal Pfister und Konsorten betreffend ambulant begleitete Arbeit für Personen mit behinderungsbedingten Einschränkungen (Supported Employment) .....	18
19.	Anzug 2 Jessica Brandenburger und Konsorten betreffend Massnahmen zur Unterstützung von Long Covid Erkrankten .....	20
20.	Anzug 3 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Verbesserung der Zugänglichkeit von öffentlichen automatisierten externen Defibrillatoren (AED) im Aussenbereich öffentlicher Verwaltungsgebäude .....	23
21.	Anzug 4 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Palliativ Care und Migration bzw. diversitätssensitive Palliative Care .....	24
22.	Anzug 5 Christine Keller und Konsorten betreffend Lehrstuhl für Palliative Care an der Medizinischen Fakultät der Universität Basel .....	26
23.	Anzug 6 Christine Keller und Konsorten betreffend Zertifizierung von Alters- und Pflegeheimen in „Qualität in Palliative Care“ .....	28
24.	Anzug 7 Georg Mattmüller und Konsorten betreffend Finanzierung von spezialisierter Palliativ-Pflege in kantonalen Pflegeheimen .....	29
25.	Anzug 8 Lukas Bollack und Konsorten betreffend Rheintunnel und flankierende Massnahmen zur Entlastung der Quartiere .....	29



## Beginn der 10. Sitzung

Mittwoch, 17. April 2024, 09:00 Uhr

### 1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[17.04.24 09:00:36]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Ich begrüsse Sie herzlich zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen.

Letzte Sitzung von Thomas Gander: Heute ist die letzte Sitzung von Thomas, er ist seit dem 1. Februar 2013 Mitglied im Grossen Rat. In seiner ersten Legislatur war Thomas Gander Mitglied der GPK. Seit 2017 ist er Mitglied der Finanzkommission und der JSSK. Zusätzlich war er von 2019 bis 2021 Mitglied der Spezialkommission Klima. Wir verlieren mit dem ehemaligen Fraktionspräsidenten der SP einen aktiven und engagierten Politiker und wünschen ihm für die private wie auch für die politische Zukunft alles Gute.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nach diesem langen Applaus kriegt Thomas Gander vielleicht auch noch einen kurzen Applaus beim nächsten Thema, Kaffeespende heute morgen: Aus gegebenem Anlass spendiert Thomas Gander heute morgen den Kaffee. Im Namen des Grossen Rates danke ich ihm für diese grosszügige Geste.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Damit kommen wir zu unseren Geschäften und wir fahren fort mit Traktandum 11.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Die Gesundheits- und Sozialkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsident Oliver Bolliger.

*Oliver Bolliger (GAB):* Erlauben Sie von meiner Seite eine kurze Einleitung in das Thema. Beistandschaften sind verbreitete Massnahmen im Erwachsenenschutzrecht und haben den Schutz einer bedürftigen Person zum Ziel. Es bestehen vier verschiedene Arten, die Begleitbeistandschaft ist diejenige Massnahme, die am wenigsten die Selbstbestimmung begrenzt und die Handlungsfähigkeit der Person wird damit nicht eingeschränkt. Diese muss jeweils auf Antrag der KESB verfügt werden. Anders die freiwilligen Einkommensverwaltungen, diese sind bei einigen sozialen Organisationen seit Jahrzehnten ein Bestandteil ihres Angebots und sind, wie der Name schon sagt, freiwillig.

Beide, Einkommensverwaltungen und Beistandschaften, sind zeitintensiv, benötigen ein spezifisches Fachwissen und ohne Beziehungsarbeit sind diese nicht zielführend umzusetzen. Aufgrund der hohen zeitlichen Beanspruchung und Komplexität der Aufgabe, insbesondere eben auch auf der Beziehungsebene, haben sich in den vergangenen Jahren einige medizinisch-psychiatrische, aber auch soziale Organisationen von diesem aus unserer Sicht sehr wichtigen Angebot verabschiedet. Dies ist mit ein Grund für die Zunahme bei den Anmeldungen zu Begleitbeistandschaften bei ABES. Eine freiwillige Begleitung und Befähigung, wie im Ratschlag skizziert, ist im Vergleich zu einer Beistandschaft weniger einschränkend. Je nach Bedürftigkeit der betroffenen Person sind aber Beistandschaften die sinnvollere Variante, um den Schutz der Person sicherzustellen. Es geht bei beiden Massnahmen darum, jemandem, der Unterstützung im Alltag benötigt, mit einem fachlichen Beziehungsangebot beizustehen. Dies geht aus meiner Sicht in der ganzen Diskussion über Subsidiarität, neues Erwachsenenschutzrecht, Behindertenrechtskonvention, offene Psychiatrie und so weiter teilweise vergessen.

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, für die Schaffung eines Angebots für freiwillige Begleitung und Befähigung eine neue Rahmenausgabenbewilligung für die kommenden fünf Jahre in der Höhe von insgesamt 2'086'057 Franken. Das Angebot soll von einer privaten Stelle erbracht werden und nicht von der Verwaltung. Deswegen wird dieses Angebot ausgeschrieben. Der Legislaturplan 2021 bis 2025 der Regierung verfolgt das Ziel, gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. In Zeiten, wo die soziale Ungleichheit zunimmt und die gesellschaftliche Solidarität bröckelt, ist dies ein sehr wichtiges Ziel. Der Regierungsrat hat deshalb freiwillige Begleitung als neue Massnahme aufgenommen mit dem Ziel, ältere oder Behinderte Personen mit einer freiwilligen Begleitung und Rentenverwaltung zu unterstützen, anstatt mit einer formalen Beistandschaft. Aus Sicht der Regierung ist es ein Ziel, so wenig staatliche Beistandschaften wie möglich zu haben, da



diese zu Stigmatisierungen führen, langjährige Abhängigkeiten begründen und im Widerspruch zu den Leitzielen des revidierten Erwachsenenschutzgesetzes und der Behindertenrechtskonvention stehen.

Die Beistandschaften nehmen jedoch jedes Jahr um 2 bis 5 Prozent zu und die Anzahl Fälle beim ABES sind stetig angewachsen. Oft handelt es sich dabei um langjährige Begleitungen und Beistandschaften, die kaum mehr ablesbar sind. Aber auch immer mehr junge Erwachsene, Care-Leaves, ehemalige unbegleitete Minderjährige, Migrant:innen und weitere sind auf eine solche Unterstützung angewiesen. Trotz dem grossen ausdifferenzierten freiwilligen Angebot in Basel-Stadt gibt es ein Versorgungsdefizit bei der administrativ finanziellen Befähigung, bei der Begleitung mit Einkommensverwaltungen, beim Casemanagement und der aufsuchenden Hilfe. Aufgrund dieses Defizits wurde der vorliegende Ratschlag ausgearbeitet. Dieses Angebot soll von einer externen Stelle umgesetzt werden. Die Zuweisung erfolgt aber ausschliesslich durch die KESB, analog einer Begleitbeistandschaft. Die neue Stelle übernimmt dann das Casemanagement inklusive dem aufsuchen der Betroffenen an ihrem Wohnort.

Der eine Fokus liegt also auf der Befähigung und somit der Verhinderung von Beistandschaften sowie der Ablösung nach einem Jahr. Der andere Fokus liegt in finanziellen und administrativen Angelegenheiten sowie der Möglichkeit einer Einkommensverwaltung. Die externe Stelle, welche das Angebot übernimmt, wird in den ersten zwei Betriebsjahren evaluiert. Es handelt sich dabei um ein Pilotprojekt, welches erst ab 2026 voll zum Tragen kommen wird. Der Regierungsrat rechnet damit, dass es mit dem Projekt gar zu einsparen kommen könnte, da mit der Zeit Beistandschaften verhindert werden.

Die GSK hat sich intensiv und durchaus kritisch mit dem Ratschlag auseinandergesetzt und diesen an zwei Sitzungen abschliessend behandelt. An der Beratung haben der Vorsteher des WSU und der Präsident der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde teilgenommen. Im Namen der GSK danke ich dem Departement und dessen Vorsteher für die Berichterstattung und für die Beantwortung der Fragen aus der Kommission.

Die GSK stimmt mit dem Regierungsrat überein, dass der Bedarf für die freiwillige Begleitung und Bewegung offensichtlich ist und somit Verbeiständigungen verhindert werden können. Dies bedingt, dass die Personen intensiv begleitet und befähigt werden. Aus diesem Grund steht die GSK hinter dieser neuen Massnahme. Die GSK hat aber auch ihre Kritik zum Ausdruck gebracht. Sie ist mit der Analyse des Departements nicht ganz einverstanden. Aus Sicht der Kommission leisten diejenigen sozialen Organisationen, die schon jetzt freiwillige Einkommensverwaltungen anbieten, bereits jetzt einen grossen Beitrag zur Entlastung von KESB und ABES. Die personellen Ressourcen sind aber zu knapp und reichen nicht aus, ihr Angebot auszuweiten. Die Kommission war erstaunt, auch ein bisschen besorgt, dass die Anzahl von jungen Erwachsenen mit einer Beistandschaft in den letzten Jahren so stark angestiegen ist. Es wäre spannend, über die Hintergründe noch mehr zu erfahren.

In der Kommissionsberatung fokussiert die GSK auf vier Fragestellungen, die auch kritisch in die Kommissionsberatung eingebracht wurden. Die erste Frage betrifft, ob das einjährige Casemanagement mit administrativem Massnahmenansatz in der Lage ist, die sehr diverse Zielgruppe fachlich und mit Qualität zu erreichen. Die GSK wünscht sich, dass trotz zentralistischem Ansatz das Fachwissen und die Beziehungsarbeit der zielgruppenorientierten Fachstellen im Kanton abgeholt werden. Aus Sicht des Departements sei auch ein Konsortium verschiedener Anbieter denkbar, aber das eine Casemanagement zur Förderung der Selbstständigkeit ist vorgegeben. Die Rückmeldungen auf die Ausschreibung werden gemäss dem Regierungsrat aber konkret in die Ausgestaltung mit einfließen.

Eine zweite Frage betrifft die zeitliche Begrenzung auf ein Jahr. Die GSK ist skeptisch, dass die vorgesehene Begrenzung der Begleitung auf ein Jahr ausreichen wird. Je nach Verlauf der Begleitung und mögliche persönliche Krisen kann dies zu kurz sein, insbesondere auch wenn es sich um junge Erwachsene handelt. Das Departement ist aber überzeugt, dass der Aufwand von 100 Stunden pro Begleitung eine genügend hohe Intensität herstellt und damit eine ausreichende Beziehung aufgebaut werden kann. Nach einem Jahr kann dann festgestellt werden, ob es trotzdem zu einer Vorbeiständigung komme oder weitere Massnahmen notwendig werden oder sogar eine Selbstständigkeit erreicht wird. Grundsätzlich seien Verlängerungen auch nicht vollständig ausgeschlossen.

Drittens die Frage, warum nicht anstelle einer neuen zentralisierten Stelle die bestehenden Strukturen zu stärken sind. Für die GSK war das nicht ganz nachvollziehbar, weshalb die spezialisierten Organisationen, die schon jetzt ein solches freiwilliges Angebote anbieten, nicht gestärkt werden können. Es liegt hier ja vor allem eine Frage der Ressourcen vor. Ein solcher auf die Zielgruppen ausgerichteter Ansatz hätte sich die Kommission auch gut vorstellen können, um das spezifische Fachwissen besser zur Wirkung zu bringen. Gemäss dem Departement handelt es sich aber um andere Menschen, die eben schon durch das soziale Netz gefallen sind und nicht von den bestehenden Organisationen aufgefangen wurden. Es ist aus Sicht des Departements keine Konkurrenzierung, sondern gar eine Unterstützung für die bestehenden Organisationen. Die GSK anerkennt, dass sich der Regierungsrat für dieses Vorgehen entschieden hat, weist aber im Bericht bewusst auf die alternative Herangehensweise hin, um bei der Evaluation, und falls es ungenügende Resultate gäbe, diesen Aspekt wieder auch mitaufzunehmen.

Viertens und abschliessend die Frage, warum die Stelle extern vergeben und nicht verwaltungsintern angeboten wird. Aus Sicht der GSK wäre beides möglich und das Angebot hätte auch in die ABES und KJD eingegliedert werden können. Für das



Departement sei es jedoch wichtig, sich hier zurückzuhalten und dass ein Pilotprojekt in einer externen Struktur besser angesiedelt ist. Falls es nicht den gewünschten Erfolg ausweisen kann, sei es dann auch einfacher zu beenden.

Die Kommission wünscht, dass die im Bericht bemerkten Überlegungen in der Konkretisierung und Umsetzung der Vorlage miteinfließen und berücksichtigt werden können. Trotz der geäusserten Vorbehalten und auch kritischen Betrachtung unterstützt die GSK einstimmig die Beschlussvorlage zur Umsetzung des neuen Angebots und spielt sich für die Ausgabenbewilligung zur Finanzierung einer neuen Stelle für den Jahre 2024 bis 2028 aus. Die Beiträge steigen gestaffelt an und betragen in den letzten beiden Jahren jährlich 550'000 Franken. Besten Dank für die Zustimmung zum Ratschlag zur Umsetzung eines neuen Angebots zur freiwilligen Begleitung und Befähigung und für die Bewilligung des Gesamtbetrags von 2'086'057 Franken.

## **11. Umsetzung eines neuen Angebots zur freiwilligen Begleitung und Befähigung - Ausgabenbewilligung für die Jahre 2024 bis 2028, Bericht der GSK**

[17.04.24 09:12:03, 23.1351.02]

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Somit geht das Wort an Regierungsrat Kaspar Sutter.

*RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU:* Beistandschaften sind da, um das Wohl und den Schutz von hilfsbedürftigen Menschen und Personen sicherzustellen, Menschen, die ihren Alltag nicht mehr alleine meistern können. Eine Beistandschaft kommt dabei immer als letzte Massnahme. Es gilt das Subsidiaritätsprinzip. Wir sind durch das Erwachsenenschutzrecht verpflichtet, alle anderen Massnahmen, die niederschwelliger sind, zu prüfen und auch zu machen, wenn eine Beistandschaft dadurch nicht mehr notwendig wird. Die umfassende Beistandschaft gibt es quasi nicht mehr, heute erfolgen die Beistandschaften spezifisch für die Bereiche, wo die Unterstützung eben notwendig ist.

Was wir auch mit Sorge beobachten sind die steigenden Zahlen, die wir bei den Beistandschaften haben. Wir sprechen von einem jährlichen Wachstum von 2,5 Prozent. Ein Teil davon ist demografisch bedingt, das heisst, die Leute werden auch älter. Das ist der Teil, der nicht so besorgniserregend ist, sondern einfach die demografische Entwicklung nachvollzieht. Dass wir aber mehr Menschen sehen, die nicht fähig sind, ihren Alltag zu meistern, bereitet uns Sorgen, insbesondere auch die steigende Anzahl von jungen Erwachsenen, die auf eine Beistandschaft angewiesen sind.

Wir brauchen deshalb im Bereich der KESB und der Beistandschaften auch mehr Ressourcen. Deshalb haben wir auch die externe Studie in Auftrag gegeben und mit dem Budget 2024 haben Sie uns bereits eine massgebliche Anzahl von Stellen bewilligt, um auch diese steigenden Fallzahlen, die steigende Komplexität der Fälle besser meistern zu können. Daneben gibt es aber auch Optimierungsmassnahmen, in denen wir uns stärker auch auf die jungen Erwachsenen fokussieren, dort mehr Ressourcen zur Verfügung stellen, dass wir einen Intake organisieren, dass der Einstieg in die Beistandschaft auch gut gelingt. Die ABES ist dran, diese Optimierung, die auch die ECOPLAN-Studie gezeigt hat, zu vollziehen.

Bei diesem Projekt ist das Ziel, die Zahl der neuen Beistandschaften zu reduzieren. Das ist das klare Ziel, das sich der Regierungsrat auch im Legislaturplan gesetzt hat. Wir werden deshalb nicht steigende Fallzahlen haben, aber wir versuchen, diesen Anstieg zu dämpfen. Und hier setzt das Projekt ein – Hilfe zur Selbsthilfe, den Menschen zu helfen, diese Herausforderung des Alltags im finanziellen und auch sonstigen administrativen Bereich selber zu meistern, so dass dann auf die Beistandschaft verzichtet werden kann. Das ist das klare Ziel, das wir auch messen werden und schauen werden, ob das gelingt oder nicht. Jemanden, für den man heute eine Beistandschaft sprechen würde, wird man neu einer freiwilligen Begleitung zuweisen und dann schauen, ob eine Beistandschaft notwendig wird oder oder ob auf eine Beistandschaft verzichtet werden kann, was wir hoffen. Das ist in erster Linie gut für die betroffenen Menschen, wenn sie keine Beistandschaft benötigen, sondern selber die Unterstützung bekommen und selber an diesen Punkt kommen, wo sie den Alltag meistern können. Das ist dann aber auch gut für den Kanton und die Stadt und die Gemeinden, weil wir dann weniger Beistandschaften haben und entsprechend auch die Ressourcen für die anderen Beistandschaften verwenden können.

Die Idee, wie sie im Antrag des Regierungsrates skizziert wurde, wurde erarbeitet durch die Leitung der KESB, gemeinsam mit den anderen Organisationen innerhalb der Verwaltung, die mit diesen Zielgruppen zu tun haben. Es wurde nicht mit externen möglichen Anbietern gemeinsam erarbeitet, dies auch aus submissionsrechtlicher Sicht, weil wir uns auch erhoffen und eine gute Möglichkeit darin sehen, dass die bestehenden Organisationen sich auf die Ausschreibung auch melden und ein Angebot einreichen. Die Zielgruppe der freiwilligen Begleitung sind junge psychisch angeschlagene Erwachsene ohne Berufsabschluss und ohne Perspektiven. Das sind unbegleitete minderjährige Asylbewerbende, das sind Care-Leaver, das sind aber auch erwachsene Menschen, die an dem Punkt sind, wo eine Beistandschaft geprüft wird und wo man schaut, ob diese freiwillige Begleitung eine niederschwelligere Massnahme ist. Das sind die Zielgruppen, Menschen, die an diesem



Punkt angelangt sind, wo sie zur KESB kommen, für die das bestehende Netz quasi nicht gereicht hat oder durch das sie gefallen sind, also an dem Punkt, wo die anderen und die guten vielfältigen Angebote, die es gibt in unserem Kanton, eben nicht dazu geführt haben, dass eine Beistandschaft nicht notwendig wäre.

Es ist ein neues Angebot. Ich glaube, das ist wichtig zu sehen, auch von meiner Seite und von Ihrer Seite als Parlament. Wir sind nach meinem Wissen der erste Kanton, die erste Stadt, die ein solches Angebot so spezifisch macht. Wir werden das auch evaluieren, auch wissenschaftlich extern. Es ist zeitlich begrenzt auf die Jahre, die wir Ihnen beantragen, und wir werden da auch höchstwahrscheinlich Optimierungspotential sehen, Fehler, die wir machen, Sachen, die man besser machen kann. Das wird dann die Evaluation zeigen und dann werden wir im schlimmsten Fall, wenn es nichts bringt, das Programm auch wieder beenden, oder wenn wir sehen, da kann man es besser machen, da gibt es Optimierungsbedarf, werden wir das entsprechend optimieren. Also, es ist etwas Neues. Wir denken, es ist richtig designt, aber wir wissen auch, dass es sicher noch besser gemacht werden kann und deshalb auch die Evaluation.

Die Zuweisung geht über die KESB. Es geht also um Menschen, die zur KESB kommen, wo grundsätzlich eine Beistandschaft geprüft wird. Es gibt auch Fälle, für die sich die freiwillige Begleitung nicht eignet, für die eine Beistandschaft direkt gesprochen wird. Und dann gibt es auch diese Gruppe von Menschen, bei denen die KESB dann zum Schluss kommt, dass man diese freiwillige Begleitung zuerst noch machen möchte. Diese externe Stelle kümmert sich dann um diese Person, begleitet sie, befähigt sie im Bereich der administrativen und finanziellen Angelegenheiten, auch in der temporären Einkommensverwaltung und in der aufsuchenden Hilfe.

Wir haben diese freiwillige Begleitung grundsätzlich in diesem Pilot auf ein Jahr begrenzt, dann wird man schauen, ob auf die Beistandschaft verzichtet werden kann oder nicht. Es ist durch diesen Ratschlag aber auch die Möglichkeit gegeben, dass in gewissen Fällen eine Verlängerung dieses einen Jahres möglich ist. Wir möchten aber nicht eine dauernde Begleitung. Es ist vielmehr eine zeitlich begrenzte Unterstützung, um dann den Entscheid der Beistandschaft besser fällen zu können.

Es gibt zwei Gründe, die dazu geführt haben, dass wir dies extern erbringen wollen und nicht intern in der Verwaltung. Der eine Grund ist, dass es eben ein Pilot ist, dass er zeitlich begrenzt ist und das einfacher ist mit einer externen Stelle, als wenn wir staatliche öffentlich-rechtliche Anstellungen vornehmen. Der andere Punkt, und ich glaube, der ist entscheidender, ist folgender. Unsere Tradition und die Art, wie unser Sozialsystem aufgebaut ist, beruht sehr stark auch auf privaten Organisationen, Stiftungen, Vereinen, Sozialunternehmen, die im Bereich der sozialen Unterstützung tätig sind. Da gibt es ganz viele und die machen ganz gute Arbeit. Daher ist es in unserer humanitären Tradition und sozialen Tradition der Stadt Basel so, dass diese Aufgaben, die in anderen Städten viel stärker durch den Staat oder die Stadt wahrgenommen werden, hier bei uns durch viele wichtige Organisationen wahrgenommen werden. Das ist der zweite und entscheidende Grund, dass wir an dieser Grundstruktur festhalten wollen und nicht beabsichtigen, alle die Unterstützungsmassnahmen, die es gibt im Kanton, staatlich zu erbringen.

Es wurde, wie der Präsident der GSK erwähnt hat, diskutiert, ob nicht ein Staatsbeitrag das bessere Mittel gewesen wäre, spezifisch zu schauen, welche Organisationen das tun können. Wir machen bewusst eine Ausschreibung, das führt auch zu einem Ideenwettbewerb. Die verschiedenen möglichen Anbieterinnen und Anbieter können sich melden, können ihre Konzepte eingehen, können sich auch zusammentun, wenn sie der Meinung sind, dass drei Organisationen mit unterschiedlichen Zielgruppenkompetenzen das besser und im Interesse der Betroffenen besser erbringen können. Ich bin auch sehr gespannt auf diese Ideen, die aus dem sozialen Basel kommen werden, um zu schauen, wo das Angebot ist, das unserer Zielsetzung der Verhinderung einer Beistandschaft im Interesse der Menschen am besten gedient ist. Diese Möglichkeit besteht also und es wird sich dann zeigen, welche Angebote kommen und welche Art und Weise der Erbringung dieser Leistung dann den Zuschlag bekommt.

Das Ziel ist ganz klar fokussiert, nämlich weniger neue Beistandschaften zu erreichen. Wir werden das in der Evaluation dann entsprechend auch ausweisen. Aber jetzt für diese Zeit von heute bis 2028 möchte ich Sie bitten, diesen 2 Millionen Franken zuzustimmen, uns als Kanton, als Verwaltung und als Regierungsrat die Möglichkeit zu geben, dieses Projekt und diese zusätzliche soziale Leistung zu realisieren. Ich möchte an dieser Stelle der GSK-danken für die gute und auch kritische Diskussion. Danken möchte ich auch der KESB und allen Mitarbeiterinnen Mitarbeitern, die an dieser Projektidee bis jetzt gearbeitet haben.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Somit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Eingetragen hat sich Melanie Nussbaumer von der SP.

*Melanie Nussbaumer (SP):* Gerne spreche ich kurz im Namen des GAB und der SP-Fraktion zu diesem Ratschlag, auch wenn alle Fraktionen dafür sind gemäss Kreuztabelle. Dass wir uns hier alle einig sind und dieses neue Pilotprojekt unterstützen, ist sehr erfreulich, denn nicht alle sozialen Massnahmen in diesem Kanton werden so breit unterstützt. Anscheinend sind wir uns einig, dass es sehr sinnvoll sein kann, gewisse Personen mit weniger Chancen im Leben eine Zeit lang eng zu begleiten, damit sie danach selbstständig und selbstbestimmt leben können. Denn nicht alle lernen von ihren



Eltern, wie man Gesundheitskosten bei der Krankenkasse abrechnet, wie man eine Steuererklärung ausfüllt, ein Budget erstellt und Ausgaben kontrolliert. Wenn wir also hier Hilfestellung leisten können mit diesem Projekt, dann ist das auf jeden Fall eine sinnvolle Sache, die auch viele Folgeprobleme hoffentlich verhindert.

Ich vermute, wir stimmen aber auch alle diesem Ratschlag zu, weil es dank diesem Projekt auch insgesamt zu Kosteneinsparungen kommen sollte. Kosteneinsparungen sind ja auch etwas Gutes, dagegen hat niemand etwas, auch ich nicht als Linke. Bei diesem Projekt stehen aber vulnerable Personen im Fokus und deshalb ist es auch unsere Pflicht, genau hinzuschauen, inwiefern hier Kosten gespart werden, was genau gemacht wird und natürlich dann auch, ob es funktioniert. Deshalb spreche ich auch hier.

Führt dieses Projekt dann wirklich zu einer Win-Win-Situation für die Zielgruppe und den Staat oder gibt es am Schluss dann doch Leidtragende? Da es ein Pilotprojekt ist, wie Regierungsrat Kaspar Sutter klar deklariert hat, können wir das im Vorhinein auch nicht wirklich sagen. Der Regierungsrat hat eine Art einer Umsetzung vorgeschlagen, die es nun zu testen gilt. Trotzdem war es uns in der GSK wichtig, unsere Bedenken zur geplanten Umsetzung dem Regierungsrat mit auf den Weg zu geben. Im Bericht können Sie die wichtigsten Fragestellungen Kragezeichen, Kritikpunkte der Kommission nachlesen, Oliver Bolliger hat sie vorher als Kommissionspräsident auch sehr gut zusammengefasst. Ich wiederhole hier also nicht alles und möchte nur zwei Punkte, die mir persönlich wichtig sind, hervorheben.

Erstens fragten wir uns in der Kommission zum Beispiel, ob dieses Fitmachen der Zielgruppe innerhalb eines Jahres wirklich realistisch ist. Ich mache das gerne an einem Beispiel fest. Reicht es, wenn man einmalig zusammen die Steuererklärung ausfüllt, um es im nächsten Jahr alleine zu schaffen, wenn man das noch nie gemacht hat? Wer hilft denn der Person im zweiten oder dritten Jahr? Was ist, wenn innerhalb dieses Jahres etwas passiert, die Person zum Beispiel krank ist oder eine Krise hat und deshalb nicht mehr eng begleitet werden kann? Wir haben unsere Zweifel, dass ein Jahr wirklich reicht. Diese Timeline könnte sogar für die Betroffenen mehr Druck schaffen, anstatt dass sie wirklich unterstützend wirkt. Aber wie gesagt, das gilt es zu testen

Das zweite Fragezeichen wurde auch schon erwähnt und liegt bei der Organisation des Projekts mit einer neu zu schaffenden externen Stelle. Wie gesagt, der Regierungsrat hat eine gute Analyse gemacht von allen Fachstellen intern in der Verwaltung, aber er hat überhaupt nicht geschaut, was es schon gibt extern und wo man ansetzen könnte. Aus Sicht der Verwaltung macht es auch durchaus Sinn, dass eine einzige neue Stelle beauftragt wird, die diese Fälle übernimmt. Das ist am einfachsten. Man hat dann nur eine Schnittstelle und damit am wenigsten Aufwand. Ob das fachlich wirklich auch für das Projekt Sinn macht, ist dann wieder eine andere Frage. In Basel gibt es ja zum Glück schon viele sehr gute soziale Organisationen, die auch Sozialberatungen und Finanzverwaltungen anbieten, differenziert aber nach Thema und Zielgruppe. Eine Sozialarbeiterin zum Beispiel bei der Jugendberatung hat zum Beispiel vollkommen andere Know-How, Kompetenzen, andere Erfahrungen, wenn sie Jugendliche bereit als eine Sozialarbeiten bei Pro Infirmis, wenn sie Menschen mit Behinderung berät. Warum der Regierungsrat diese bereits vorhandenen Stellen, diese spezifischen Expertisen nicht einfach besser finanziell ausstattet, um dann eben die einzelnen Personen besser zu unterstützen und zu begleiten, ist unserer Meinung nach noch immer nicht schlüssig beantwortet worden. Aber auch wie bereits erwähnt, es ist ein Pilotprojekt. Mit unserer richtigen und wichtigen Überweisung eben wir heute den Weg um herauszufinden, ob das wirklich so Sinn macht, ob die Umsetzung wie geplant funktioniert. Und natürlich ist das wünschenswert, weil es hoffentlich diesen Personen aus der Zielgruppe den zukünftigen Lebensweg vereinfacht.

Trotzdem will ich noch etwas Kleines anfügen, denn mir ist es wichtig zu betonen, auch wenn es am Schluss dann nicht alle Personen in diesem Projekt schaffen, innerhalb eines Jahres selbstständig zu werden und diese Personen dann trotzdem verbeiständet werden, dann ist nichts Schlimmes dran. Ich zitiere von Pro Infirmis: «Eine Beistandschaft dient dazu, das Wohl und den Schutz einer hilfsbedürftigen Person sicherzustellen.» Das ist also eine gute Sache und muss nicht um jeden Preis verhindert werden.

Wir haben in Basel eine sehr gut arbeitende KESB, wir haben viele Berufsbeistände und -beiständinnen, die jeden Tag vulnerable Personen begleiten und das Wohl und den Schutz dieser Personen sicherstellen. Mir ist bekannt, dass die Falllast gestiegen ist und momentan sehr hoch ist. Wenn also nun dieses Pilotprojekt nicht wie gewünscht funktioniert, stocken wir doch einfach nochmals die Stellen im ABES auf, auch das wäre eine gute Lösung, aber natürlich würde es nicht zu Kosteneinsparungen führen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Es haben sich keine weiteren Sprechenden eingetragen. Der Regierungsrat und der Kommissionspräsident verzichten, Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Somit kommen wir zur Abstimmung.

#### **Detailberatung des Grossratsbeschlusses**

(Seite 7 des Berichts)

Titel und Ingress



Einziges Absatz mit Gesamtbetrag

Alinea 1 Betrag für 2024

Alinea 2 Betrag für 2025

Alinea 3 Betrag für 2026

Alinea 4 Beträge für 2027 und 2028

Publikations- und Referendums Klausel

Wir kommen somit zur Schlussabstimmung. Wer den Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt ja wer nicht zustimmt stimmt nein.

### Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt stimmt NEIN.

### Ergebnis der Abstimmung

**95 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003263, 17.04.24 09:30:17]

### Der Grosse Rat beschliesst

Für die Finanzierung der neuen Stelle für freiwillige Begleitung und Befähigung zur Umsetzung des Legislaturplans 2021-2025 des Regierungsrates, Massnahme 11 «Freiwillige Begleitungen», werden für die Jahre 2024 bis 2028 Ausgaben von insgesamt Fr. 2'086'750 bewilligt.

Dieser Betrag setzt sich wie folgt zusammen:

- Für das Jahr 2024 Fr. 135'000
- Für das Jahr 2025 Fr. 313'750
- Für das Jahr 2026 Fr. 538'000
- Für die Jahre 2027 und 2028 jährlich Fr. 550'000.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 95 Ja-Stimmen bei keiner Gegenstimme und keiner Enthaltung zugestimmt.

## 12. **Petition P471 "Ausbau und Erweiterung der Workout-Anlage im Dreirosenpark Basel", Bericht der PetKo**

[17.04.24 09:30:48, 23.5553.02]

*Christian C. Moesch (FDP):* Gerne berichte ich Ihnen zur Petition P471 Ausbau und Erweiterung der Workout-Anlage im Dreirosenpark Basel wie folgt:

Zum Anliegen der Petentschaft: Die Vertreter der Petentschaft haben anlässlich des Hearings das in der Petition formulierte Anliegen begründet, wieso die Street-Workout-Anlage auf der Dreirosenanlage attraktiver gemacht und erweitert werden soll. Die Anlage auf der Dreirosenanlage wird gemäss den Vertretern der Petentschaft von einer grossen Zahl an Menschen regelmässig und intensiv genutzt. Es gebe Personen, die bei jedem Beton und in allen Jahreszeiten auf der Anlage trainieren. Eine Erweiterung der Street-Workout-Anlage auf der Dreirosenanlage mit zusätzlichen Elementen wäre gemäss



Petentschaft aufgrund der Beliebtheit und des hohen Nutzens gerechtfertigt und die dafür benötigte Fläche vorhanden. Als Vorbild könnte die Street-Workout-Anlage auch auf dem Birsköppli dienen.

Da die Anlage auf der Dreirosenanlage auch nach Feierabend oder am frühen Morgen genutzt wird, wünscht sich die Petentschaft eine bessere Beleuchtung. Die Vertreter der Petentschaft haben der Petitionskommission mehrere Vorschläge für mögliche Beleuchtungsstandorte und Beleuchtungstypen vorgelegt. Die Beleuchtung solle so dimensioniert werden, dass nur die Street-Workout-Anlage, nicht aber deren Umgebung ausgeleuchtet wird. Ein Dach über dem Kopf wäre für die Trainierenden zwar bei schlechtem Wetter wünschenswert, es sei allerdings davon auszugehen, dass dies auch von anderen sich auf der Dreirosenanlage aufhaltenden Leuten als Witterungsschutz genutzt würde. Die Vergrösserung sowie eine Beleuchtung der Street-Workout-Anlage könnte aus Sicht der Petentschaft zu einer Aufwertung der Dreirosenanlage beitragen. Insbesondere nach Sonnenuntergang trauten sich viele Trainingswillige nicht mehr, die Anlage dort zu benutzen. Eine Beleuchtung könnte diesen Ängsten begegnen. Sie dürfte eine abschreckende Wirkung auf Drogen oder Alkohol konsumierende Person haben.

Stellungnahme seitens der Verwaltung: Der Leiter Grünplanung der Stadtgärtnerei hat die mit der im Wesentlichen Teil der Dreirosenanlage liegenden Workout-Anlage gemachte Erfahrung als sehr gut bezeichnet. Die trainierenden Leute trügen überdies zu einer gewissen sozialen Kontrolle und damit zu mehr Sicherheit auf der Dreirosenanlage bei. Der Vertreter der Stadtgärtnerei hat sodann am Hearing bereits eine konkrete Fläche bezeichnet, die für eine Vergrösserung der Street-Workout-Anlage in Frage käme. Sowohl für die Erweiterung als auch für die Beleuchtung der Anlage könne sicher eine gute Lösung gefunden werden. Auf Ablehnung stösst bei der Stadtgärtnerei die Überdachung der Anlage. Zudem wäre, wie von der Petentschaft vermutet, davon auszugehen, dass sich Leute unter das Dach setzen, die man dort lieber nicht haben möchte. Der Vertreter der Stadtgärtnerei hat allerdings festgehalten, dass bisher weder ein konkretes Projekt noch ein Finanzierungsbeschluss für die Erweiterung und Beleuchtung dieser Anlage vorliegt. Er signalisiert aber die Bereitschaft der Verwaltung, im Falle einer Überweisung der Petition an den Regierungsrat ein Projekt zu starten. Im Optimalfall dürfte es zwischen Aufnahme der Planung und Abschluss der Umsetzung etwa ein Jahr dauern. Aufgrund des Zeithorizonts der Nutzung und da die Elemente einer Street-Workout-Anlage problemlos gezügelt werden können, liesse sich eine Erweiterung sicherlich rechtfertigen. Die Erweiterung der Street-Workout-Anlage müsse zwar projektiert werden, liesse sich aber relativ unkompliziert, zum Beispiel über den Mehrwertabgabefonds, finanzieren.

Erwägungen der Petitionskommission: Die Petitionskommission stuft den Vorschlag der Petentschaft als sinnvoll und berechtigt ein. Sie unterstützt sowohl die Erweiterung als auch die Beleuchtung der Street-Workout-Anlage und freut sich über die Bereitschaft der Stadtgärtnerei, dieses Anliegen aufzunehmen. Weiter stellt sie fest, dass eine Überdachung sowohl von der Verwaltung als auch von der Petentschaft als eher nicht opportun eingestuft wird. Die Erweiterung und Beleuchtung der Street-Workout-Anlage wäre zum einen im Interesse der Nutzenden und könnte zum anderen ein zumindest kleiner Beitrag zur generellen Verbesserung der Situation sein. Je mehr Leute sich auf der Dreirosenanlage aufhalten, desto besser ist die soziale Kontrolle, und je besser die Auslichtung, desto unattraktiver der Aufenthalt für «nicht erwünschte Personen». Allerdings wäre es vermessen zu glauben, der Drogen- und Kriminalitätshotspot liesse sich damit zum Verschwinden bringen. Die Dreirosenanlage wird von der Bevölkerung schon heute intensiv genutzt. Die Kommission ist der Ansicht, den Anliegen der Petition sei abgesehen von der Überdachung der Street-Workout-Anlage zu entsprechen und bitte den Regierungsrat, diese möglichst rasch umzusetzen. Allenfalls lässt sich die Beleuchtungssituation auch bereits im Zuge der vom Justiz- und Sicherheitsdepartement angekündigten Sofortmassnahmen und damit zeitlich vor der Erweiterung der Workout-Anlage verbessern.

Ich komme zum Antrag: Die Petitionskommission beantragt dem Grossen Rat mit 9 zu 0 Stimmen, also einstimmig, die Petitionsausbau und Erweiterung der Workout-Anlage im Dreirosenpark an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Es haben sich keine Sprechenden eingetragen, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

Sie haben die Petition stillschweigend an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung überwiesen.

### **13. Petition P473 "Für ein Ackermätteli ohne Schulprovisorium"**

[17.04.24 09:36:56, 01]

*Christian C. Moesch (FDP):* Ich will es relativ kurz halten. Der Petentschaft ging es in ihrem Anliegen in der Petition darum, dass während der anstehenden Gesamtanierung des Primarschulhaus Kleinhüningen das Provisorium nicht auf dem



Ackermätteli, das ist eine Grünfläche vor dem Primarschulhaus Kleinhüningen, zu stehen kommt, sondern dafür ein alternativer Standort gesucht wird. Offensichtlich ist das sogenannte Ackermätteli ein sehr beliebter Treffpunkt in Kleinhüningen und wird sowohl von Schülern, Kindern aber auch von Familien genutzt, das heisst während der Umbauzeit würde dann dieses komplett oder praktisch komplett überbaut mit dem Schulprovisorium und wäre nicht mehr nutzbar.

Anlässlich der Sitzung vom 15. Januar 2024 der Petitionskommission, an der wir natürlich die Petentschaft und auch die Verwaltung eingeladen haben, wurde seitens der Verwaltung bereits signalisiert, dass Alternativen gesucht würden. Man hat da bereits auch in Aussicht stellen können, dass zwei Standorte bestehen, allerdings noch nichts unterschriftsreif war. Aus diesem Grund hat dann damals die Petitionskommission entschieden, das Gastgeschäft zu vertagen, bis seitens der Verwaltung dieser Entscheid gefallen ist. Das war dann mit Medienmitteilung vom Erziehungsdepartement am 6. Februar 2024 der Fall. Man hat effektiv eine neue Parzelle für das Schulprovisorium finden können in der Nähe des Schulhauses. Das ist eine Parzelle, die der Swisslife gehört, zwischen Altenrhein- und Klybeckstrasse.

Seitens der Petitionskommission ist das natürlich erfreulich, dass hier eine Alternative gefunden werden konnte. Aus diesem Grund haben wir im Anschluss dann entschieden, diese Petition als erledigt abzuschreiben.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Da hat sich gemeldet Tonja Zürcher vom GAB.

*Tonja Zürcher (GAB):* Ich darf meinen Dank auch gleich von Seiten der SP aussprechen. Also herzlichen Dank dafür, dass hier eine gute Lösung gefunden wurde im dritten Anlauf. Nachdem das Schulprovisorium zuerst am Hafen landen und sollte, dann auf dem Ackermätteli, hat man jetzt wirklich eine gute Lösung gefunden. Also herzlichen Dank an alle in der Verwaltung, die das geschafft haben und am Schluss doch auch innert kurzer Zeit.

Aber unser grosser Dank geht auch an die sehr engagierte Quartierbevölkerung, die das hier möglich gemacht hat. Ohne das schnelle Zusammenkommen, ohne diese Petition und ohne den politischen Druck wäre es wahrscheinlich nicht passiert und deshalb hier auch mein Wunsch an die Zukunft: Es wäre schön, wenn das in Zukunft nicht nötig wäre, nicht weil wir nicht gerne Petitionen sammeln, aber wir können das auch gerne für etwas anderes machen. Es wäre schön, wenn diese Schulraumprovisorien in Zukunft immer an Standorten gesucht werden, wo keine Grünflächen oder keine sonst fürs Quartier wichtigen Flächen verlorengehen.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Wir haben keine weiteren Einzelsprechenden eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

die Petition stillschweigend als erledigt zu erklären.

### **15. Antrag Fina Girard und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend eine gesicherte Teilnahme der Schweiz an Erasmus+**

[17.04.24 09:40:45, 24.5063.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Antrag auf Einreichung einer Standesinitiative zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

Sie haben die Standesinitiative dem Regierungsrat stillschweigend zur Stellungnahme innert 3 Monaten überwiesen.

### **16. Motion 1 Joël Thüning und Konsorten betreffend Bezahlkarte für Asylbewerber**

[17.04.24 09:41:13, 24.5054.01]



*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir haben einen ersten Einzelsprecher, das ist Regierungsrat Kaspar Sutter.

*RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU:* Die Asylsituation ist angespannt in unserem Lande. Viele Menschen sind auf der Flucht, weil in ihren Heimatregionen Krieg oder Unterdrückung oder totalitäre Regimes herrschen. Andere Menschen sind auf der Flucht, weil die Wirtschaftssituation schlecht ist und so auch versuchen, in ein Land zu kommen, wo die Wirtschaftssituation besser ist. Das ist eine anspruchsvolle Situation für den Bund und auch für uns als Kanton. Hier liegt jetzt ein Vorschlag von Joël Thüring vor, der will, dass wir eine Bezahlkarte einführen, nicht prüfen, sondern einführen im Bereich für asylsuchende Menschen.

Ich glaube, es ist wichtig, zu schauen, wer für was zuständig ist und von welchen Beträgen und welchen Situationen wir sprechen. Deutschland macht das vor allem für Menschen im Asylverfahren. Bei uns in der Schweiz ist für Asylverfahren der Bund zuständig und für die Betreuung und die Finanzierung der Menschen in dieser Phase des Asylgesuches. Da ist die Bezahlkarte quasi eingeführt, weil die Menschen im Asylverfahren, die in einem unserer Asylzentren sind und dort sein müssen, bekommen Unterkunft, Essen und Gesundheit quasi durch den Bund, also durch den Bund, bezahlt, sie bekommen nicht das Geld und bezahlen dann die Leistung selber. Das ist quasi die Naturalleistung. Es ist eine Bezahlkarte. Was bleibt zur freien Verfügung der Menschen? Das sind vier Franken pro Tag. Wir reden von vier Franken pro Tag, das sind etwa zehn Zigaretten, die man kauft. Das ist der Betrag, von dem wir sprechen, der zur Verfügung dieser Menschen steht. Ich glaube nicht, dass eine Bezahlkarte, welche einen hohen Aufwand und eine hohe Bürokratie mit sich bringen würde und die Kosten des Asylwesens auch erhöhen würde, hier irgendeine Wirkung hätte auf das Verhalten, ob jemand hier in der Schweiz ein Asylgesuch stellt oder nicht.

Wir haben eine andere Gruppe von Menschen, das sind die Asylsuchenden, deren Asylgesuch abgelehnt wurde, also zum Beispiel die Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen kommen und einen Asylgesuch gestellt haben. Sie kriegen einen negativen Entscheid, sie müssen das Land verlassen. Diese Rückführung ist aber bei einigen nicht möglich, weil die Herkunftsländer sie nicht zurücknehmen, die notwendigen Papiere nicht ausstellen oder was auch immer der Zustand ist. Das heisst, diese Menschen bleiben hier trotz negativem Entscheid und weil die Rückführung nicht vollzogen werden kann. Die Menschen erhalten Nothilfe, wofür der Kanton verantwortlich ist. Wir sprechen von etwa 84 Menschen im Kanton Basel-Stadt und wir sprechen von zwölf Franken pro Tag. Das macht dann insgesamt eine Summe von 360'000 Franken, die wir so ausbezahlen, meistens bar an diese Menschen, wo dann auch der Kontakt stattfindet zu den Behörden. Also Sie sehen, wir sprechen von einer Gruppe, die erstens klein ist und die auch sehr wenig Geld bekommt.

Und dann gibt es die Menschen, die eine vorläufige Aufnahme halten, bei denen es also Gründe gibt, dass sie nicht zurückgeführt werden können, weil zum Beispiel Krieg herrscht in ihrem Land oder weil ein Taliban-Regime an der Macht ist oder was auch immer die Gründe sind. Diese Menschen bekommen eine vorläufige Aufnahme oder einen positiven Asylentscheid, und die werden dann dem Kanton zugeführt und das ist die grosse Anzahl von Menschen, für die wir als Kanton zuständig sind. Da möchten wir als Regierungsrat keine Bezahlkarte, weil wir möchten, dass diese Menschen die Sprache lernen, wir möchten, dass sie hier sind, wir möchten, dass sie möglichst rasch auch einen Arbeitsplatz finden und selber Geld verdienen, und das ist dann das Ziel und nicht die Abschreckung oder sonst irgendwas. Das Ziel ist, dass diese Menschen die Sprache lernen und eine Arbeit finden und so dann nicht mehr auf das Geld vom Staat angewiesen sind, sondern das Geld selber verdienen können.

Das sind die drei Gruppen. Mir ist nicht ganz klar, welche Gruppen die Motion betrifft, aber der einzige Bereich, wo es vielleicht prüfenswert wäre, wäre bei diesen 84 Menschen, die Nothilfe beziehen bei uns im Kanton. Wir sind der Meinung, dass das ein riesiger Aufwand wäre, für 84 Menschen als Kanton dieses Bezahlkartensystem einzuführen. Wir brauchen dazu die Finanzinstitute, die ja dann das zur Verfügung stellen, und dann noch einschränken, dass es nur hier in der Schweiz nutzbar ist und sonst nicht. Die Abschreckung ist nicht da. Und wenn wir das einführen würden, wären die einzigen Möglichkeiten, wie diese Menschen dann noch zu Bargeld kommen, die Schwarzarbeit oder kriminelle Handlungen. Und ich glaube nicht, dass das irgendeine Bewegung ist, die wir möchten. Daher beantragt der Regierungsrat Ihnen, diese Motion heute abzulehnen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist Nicolas Goepfert.

*Nicola Goepfert (GAB):* Glücklicherweise wird der Entscheid zu dieser Motion relativ deutlich ausfallen und trotzdem scheinen doch auch Teile der LDP und der Mitte/EVP-Fraktion von Thürings Motion verführt worden zu sein. Sie verspricht vordergründig ja auch sehr vieles von Integration, Transparenz und Sicherheit, ja sogar von einer menschlichen Perspektive ist die Rede.

All das sind leere Versprechungen, denn dieser Vorstoss führt nicht zu einer verbesserten Sicherheit, sondern fördert neue Systeme von Missbrauch und Ausbeutung. Durch diese Bezahlkarte können Asylsuchende, die trotzdem nicht auf Bargeld



verzichten wollen oder können, Opfer von Ausbeutung werden, weil sie in eine neue Abhängigkeit gedrängt werden. Die Motion führt auch nicht zu einer verbesserten Integration, sondern verstärkt die Ausgrenzung und Diskriminierung von den betroffenen Personen. Durch die Verwendung der Bezahlkarte sind sie in jedem Moment des Konsums in ihrem Aufenthaltsstatus erkenntlich. Die Karte führt also dazu, dass soziale Vorurteile und Stigmatisierung verstärkt werden können, weil asylsuchende Personen als separate Gruppe gekennzeichnet werden.

Zudem grenzt eine Bezahlkarte auch sozial aus von Events wie Strassenfesten, Flohmärkten und allen gemeinschaftlichen Anlässen, bei denen nur mit Bargeld bezahlt werden kann. Und ja, die gibt es noch. Die Bezahlkarte bringt auch keine Transparenz, sondern wäre eine neue Überwachungsmaßnahme, mit welcher der Staat tief in die Privatsphäre der betroffenen Person eindringt. Denn damit können die Behörden die Ausgaben der asylsuchenden Person überwachen, und dies ist hinsichtlich des Datenschutzes höchst bedenklich. Mit einem solchen System würden Menschen, die bei uns Schutz suchen, kontrolliert und bevormundet. Über das wenige Geld – Regierungsrat Kaspar Sutter hat es ausgeführt –, das die asylsuchenden Personen erhalten, sollen sie frei entscheiden können, ohne dass ihnen die Behörden über die Schulter schauen, ob sie jetzt drei Unterhosen oder zwei Chips-Packungen kaufen.

Und falls ich mit diesen Argumenten noch nicht alle Fraktionsmitglieder der LDP überzeugen konnte, es gibt ein Totschlagargument, bei dem wirklich niemand aus der LDP dieser Motion mit gutem Gewissen zustimmen kann. Stellen Sie sich mal diesen bürokratischen Aufwand für ungefähr 84 Personen vor, es müsste ein komplett neues System entwickelt werden, dafür müssten womöglich sogar neue Stellen geschaffen werden, nur um ein Bezahlkartensystem zu entwickeln, das fast gleich ist wie eine Bankkarte, aber eben doch nicht ganz, weil die Überwachung möglich sein soll und die Einschränkung aber Bargeldbezug hingegen nicht.

Dieser Vorstoss kommt von der SVP, das ist keine bürgerliche Partei und schon gar keine Partei der Mitte. Sie politisiert rechts, und so haben auch ausschliesslich Mitglieder der SVP-Fraktion diesen Vorstoss unterschrieben. Die SVP möchte mit diesem Vorstoss keine menschliche Perspektive in die Debatte einbringen. Es geht ja nicht um Integration, das Wohl der Menschen oder um die Sicherheit. Das einzige Ziel, welches mit diesem Vorstoss verfolgt wird, ist die weitere Einschränkung der Freiheit und der Autonomie von geflüchteten Menschen in Basel. Und das in der Schweiz, in der bereits heute ein äusserst repressives Asylregime herrscht.

Ich bitte Sie daher, die vorliegende Motion abzulehnen und tatsächlich die menschliche Perspektive in dieser Frage in den Vordergrund zu stellen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächste Einzelsprecherin ist Hanna Bay.

*Hanna Bay (SP):* Ich halte mich kurz, denn ich bin der Ansicht, dass wir uns hier in diesem Parlament mit den realen Problemen in diesem Kanton beschäftigen sollten, was diese Motion thematisiert, ist ein Nicht-Problem. Die SVP will uns allen Ernstes weismachen, dass Menschen, die ihre Heimat verlassen, in der verzweifelten Hoffnung auf eine sichere Zukunft, das Geld, welches sie hier erhalten zur Sicherung ihrer puren Existenz, in grossem Stil und mit erheblichen Summen zurück in die Heimatländer schicken oder gar an Schlepperbanden senden würden. Gibt es für diese Unterstellung irgendwelche Beweise oder Indizien? Fehlanzeige.

Eine asylsuchende Person erhält in unserem Kanton täglich 19 Franken, einen Grossteil davon in Sachleistung. Eine abgewiesene asylsuchende Person erhält gerade nochmals 12 Franken pro Tag. Regierungsrat Kaspar Sutter hat das ausgeführt. Aus diesen wenigen Franken und Rappen müssen die betroffenen Personen Verpflegung, Bekleidung, Körperpflege, Haushalt, Kommunikation und Transport bezahlen. Glauben Sie nun wirklich, dass nach Deckung all dieser Kosten überhaupt noch was übrig bleibt, um in die Herkunftsländer zu schicken? Wenn Sie ehrlich sind, dann kennen Sie die Antwort. Nein, die SVP will ein Problem schaffen, wo keines ist, aber sie schafft damit echte Folgeprobleme.

Vor allem werden in diesem Vorstoss alle Schutzsuchenden unter Generalverdacht gestellt. Ausgerechnet Geflüchteten, die schon heute mit Stigmatisierung und Diskriminierung zu kämpfen haben, die schon heute mit Vorurteilen und Vorverurteilungen zu kämpfen haben, werden pauschal vermeintliche Machenschaften mit illegalen Schlepperbanden unterstellt. Das fördert Hass und Hetze, die Menschen mit ausländischer Herkunft bereits heute erleben, vom bürokratischen Aufwand für die Verwaltung will ich erst gar nicht sprechen.

Und wenn es Ihnen wirklich darum geht, etwas für die Integration der Schutzsuchenden zu machen, wie wäre es denn, wenn Sie ihre Parteikolleginnen- und kollegen in Bundesbern anrufen, damit sich diese endlich dafür einsetzen, dass das unsägliche Arbeitsverbot endlich aufgehoben wird. Wie wäre es, wenn Sie endlich mitmachen, um diesen Menschen eine echte wirtschaftliche Perspektive zu bieten? Eine Bezahlkarte nützt sie rein gar nichts. Und wenn Sie etwas gegen die Schlepperbanden machen möchten, wie wäre es, wenn Sie endlich Hand bieten würden für legale Fluchtwege nach Europa? Denn in diesem Zusammenhang gibt es schon wieder einmal etwas unmissverständlich festzuhalten, nämlich wer Opfer und wer Täter ist. Opfer sind die Menschen, die gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen, die ihr Leben riskieren für ein Leben in Sicherheit fern von Krieg, Hunger und Elend. Täterin ist ein Europa, und dazu zähle ich auch die Schweiz, das nichts



anderes macht als die Grenzen weiter zu verschliessen, das Deals eingeht mit einem Unrechtsregime in Libyen, um Menschen von der Ankunft in Europa abzuhalten. Schuld ist ein Europa, das die Grenzen verschliesst, eine Schweiz, die das Botschaftsasyasyl abschafft. Opfer sind jene Menschen, die aus purer Verzweiflung und aufgrund fehlender Alternativen auf die illegalen Machenschaften zurückgreifen müssen.

Liebe SVP, liebe Teile der LDP und der Mitte, wenn Sie hier reale Verbesserungen erreichen wollen, können Sie auf mich zählen, aber ich befürchte, darum geht es euch nicht, denn mit der vorliegenden Motion wird ein Problem kreiert, für welches es keine Evidenz gibt und lediglich der Stimmungsmache gegen eine bestimmte Bevölkerungsgruppe dient. Ich bitte Sie daher im Namen der SP-Fraktion, diese Motion abzulehnen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es gibt zwei Zwischenfragen, von Pascal Messerli und Lorenz Amiet. Die Zwischenfragen werden angenommen. Zuerst hat das Wort Pascal Messerli.

*Pascal Messerli (SVP):* Sie haben jetzt von Tätern und Opfern gesprochen. Wie beurteilen Sie denn die Täter-/Opferrolle in der hohen Kriminalstatistik im Asylwesen?

*Hanna Bay (SP):* Ich habe die Frage nicht ganz verstanden. In der Kriminalstatistik wird es ausgewiesen und ich bin immer noch der Ansicht, dass wir uns in dieser Frage darauf konzentrieren müssen, die echten Kriminalitätsprobleme zu bekämpfen, anstatt auch hier einzelne Bevölkerungsgruppen zu diffamieren.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Diese Reihe ist an Lorenz Amiet.

*Lorenz Amiet (SVP):* Weil Sie die Frage anscheinend nicht ganz verstanden haben, werde ich sie ein bisschen anders formulieren. Bestreiten Sie, dass es unter den von Ihnen als Opfer bezeichneten Personen zu viele Täter gibt, die das System ausnutzen?

*Hanna Bay (SP):* Wenn ich davon spreche, dass diese Personen Opfer sind, dann geht es mir um die Fluchtwege. Ich glaube, wir müssen auch hier schauen, dass diese Personen eine legale Möglichkeit haben, in die Schweiz zu kommen und hier einen Asylantrag zu stellen, was ein Menschenrecht ist.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Als Einthemapartei muss ich natürlich hier noch reden und diese Sache einordnen. Ich habe immer Respekt vor der Regierung, aber ich möchte trotzdem noch auf ein paar Punkte reagieren, die Sie gesagt haben. Sie haben gesagt, die Leute haben kein Geld. Ich bin jeden Tag am Claraplatz, hole dort meine Post ab, Drogendealer stehen dort. Die Leute haben noch einen Nebenjob, Drogenhandel. Auch ich werde angesprochen jeden Tag am Claraplatz, aber ich brauche keine Drogen. Sie haben auch gesagt, und das ist statistisch bewiesen, dass die Länder diese Leute nicht mehr zurücknehmen wollen. Die Länder, egal wie sie heissen, wollen ihre eigenen Leute nicht zurücknehmen, die Länder sind froh, wenn die weg sind. Und gestern Abend habe ich in der Zeitung gelesen, dass die Leute ihren Pass in den Mülleimer fallen lassen, dann kann man sie nicht zurückschaffen, weil sie gar keinen Pass mehr haben.

Nicolas Goepfert hat gesagt, dass die SVP sich nicht um das Wohl der Menschen kümmere, und er hat gesagt, die SVP würde das Wohl der Menschen einschränken. Ich würde ich ihm empfehlen als studierter Mensch, einen Blick in die Polizeistatistik zu werfen. Aber selbst in der Polizeistatistik hat die Polizei Angst klar aufzuzeigen, wer der Täter ist. Ich rede von Kuscheljustiz, und ich will keine Drogenkaufen am Claraplatz.

Die Motion gefällt mir sehr gut und ich muss auch Hanna Bay sagen, an den Badischen Bahnhof zu gehen, dann kann sie sehen, wie dort über Western Union Geld in die Heimatländer geschickt wird. Wenn man unterwegs ist in seinem Wahlkreis sieht man, was passiert.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist Pascal Messerli.



*Pascal Messerli (SVP):* «Wegschauen ist keine linke Politik» – Zitat Bundesrat Beat Jans. Genau das machen aber hier die rotgrünen Fraktionen. Sie schauen Weg. In der ganzen Legislatur, in der wir ein grosses Asylchaos haben, auch hier im Kanton Basel-Stadt, haben Sie nicht auch nur einen einzigen guten Vorschlag gebracht, um dieses Asylchaos in den Griff zu bekommen. Sie machen das Gegenteil. Sie diffamieren sämtliche gut gemeinten Vorschläge, welche hier Lösungen anstreben, auch diese Motion.

Ich möchte auf das Votum von Regierungsrat Kaspar Sutter reagieren. Er hat ja gesagt, dass es verschiedene Menschen gibt mit unterschiedlichem Status. Dabei haben Sie schon gesagt, dass der Bund dort, wo er auch zuständig ist, mehr Sachleistungen als Geldleistungen spricht. Sie haben gesagt, dass das System eigentlich gut wäre, wenn das der Bund so macht. Auch die bundesgerichtliche Rechtsprechung sagt, dass eigentlich mehr Sachleistungen als Geldleistungen gesprochen werden sollten. Auch hier bewegen wir uns im demokratischen Rahmen. Es hat nichts mit Diskriminierung zu tun und selbstverständlich kann man dies auch für sämtlichen Menschen mit unterschiedlichem Asylstatus umsetzen, wenn Sie heute für die Überweisung der Motion stimmen.

Dann wurde auch noch das Argument vorgebracht, dass wir die Menschen mit dem Status F schnell integrieren wollen, dass sie schnell eine Arbeitsstelle erhalten sollen. Ja, das ist ja gut, aber was spricht denn bei einer Karte dagegen? Wir nehmen ihnen ja nicht irgendwelche Leistungen weg, wir sagen auch nicht, dass sie weniger Geld oder weniger Chancen bekommen sollen. Der Kausalzusammenhang, dass diese Menschen nicht arbeiten können, erschliesst sich mir nicht. Ich möchte hier schon auch noch mal die Definition von diesem Status F hier einbringen: Das heisst vorläufig aufgenommen und nicht langfristig aufgenommen. Die Aufenthaltserlaubnis dieser Menschen wird um ein Jahr verlängert. Diese werden also vorläufig aufgenommen und das Ziel ist, dass die möglichst schnell auch wieder in ihre Länder zurückkehren können und nicht ewig hier bleiben. Dieses Argument erschliesst sich uns auch nicht.

Und hören Sie bitte auf mit diesem Bürokratieargument. Das ist doch nun wirklich lächerlich. Ist es denn weniger bürokratisch, wenn jeder einzelne Einfränkler oder jedes 50 Rappen-Stück verbucht werden muss bei den einzelnen Institutionen. Überall auf der ganzen Welt zahlen die Leute nur noch mit Karte und nicht mehr mit Bargeld, weil es einfacher ist. Und Sie sagen uns, es ist zu bürokratisch, eine Karte einzuführen. Das nimmt Ihnen doch wirklich niemand ab. Sie benutzen das Bürokratieargument, welches nicht existiert, damit Sie hier wieder nicht einer Lösung zustimmen müssen, weil Sie Ihnen vielleicht nicht in den Kram passt. Das ist die Realität, meine Damen und Herren.

Dieser Vorschlag ist gut, er ist im übrigen auch nicht extrem, sonst müssten Sie auch die Ampel-Regierung in Deutschland als rechtsextrem einstufen. Deshalb denken wir, das ist ein guter Vorschlag und man kann ihm in der Erstüberweisung so zustimmen. Dann schauen wir, für welche Personengruppen das auch Sinn macht. Deshalb bitten wir Sie, diese Motion zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Amina Trevisan möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen. Sie wird angenommen.

*Amina Trevisan (SP):* Ich würde schon gerne einmal wissen, an welchen objektiven Kriterien Sie ein Asylchaos festmachen. Diese Rhetorik, dieses Narrativ Ihrer Partei von einem Asylchaos, von einem totalen Versagen, führt doch nur zu Ressentiments und schürt Ängste in der Bevölkerung, was zu einer Spaltung der Gesellschaft führt.

*Pascal Messerli (SVP):* Ich berufe mich dabei auf die Kriminalstatistik, in der wir sehen, dass wir im Asylwesen ein grosses Problem mit Kriminalität haben.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für ein zweites Votum hat das Wort Eric Weber.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Amina Trevisan hat von Ressentiments und Ängsten in der Bevölkerung gesprochen. Ja, die Ängste werden immer grösser. Darum gibt es Ein-Thema-Parteien. Ich möchte Pascal Messerli für das Votum danken. Ich schätze Juristen und Ärzte, hochstudierte Leute.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Reden Sie bitte zum Thema.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich darf sagen, dass mein Vorredner ist ein angesehener Jurist ist.



*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Sprechen Sie zum Thema, Eric Weber, das ist eine Verwarnung.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich möchte einfach sagen, er kennt sich aus in der Gesetzgebung und er hat richtig gesagt, dass andere Parteien alles diffamieren, was die SVP sagt. Damit stimme ich überein und ich fühle mich auch angesprochen. Sine Sätze bestätigen meine Weltsicht.

Er hat Bezug genommen auf den Bundesrat und er hat gesagt, dass wir einen demokratischen Rahmen haben, innerhalb dessen man das machen kann. Er hat auch richtig gesagt, dass Status F vorläufig und nicht für immer ist. Er hat richtig gesagt, dass die Bezahlkarte modern ist. Auch ich benütze immer mehr Karte, damit man nicht dreckige Geldmünzen anfassen muss.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Eric Weber, es reicht, sie haben zu Ihrem Vorredner Stellung genommen, ich bitte Sie, das Votum jetzt zu beenden.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich beende mit einem Schlusssatz: Ich bin einfach meinem Vorredner dankbar und ich hoffe, dass jetzt auch Joël Thüring noch spricht.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Damit sind wir beim Motionär Joël Thüring.

*Joël Thüring (SVP):* Vielen Dank für die Debatte. Ich freue mich, dass meine Idee einer Bezahlkarte von der SP, von den Grünen und von der FDP unterstützt wird, zumindest in Deutschland ist dies so. Diese linke Regierung, auch der Bundeskanzler Olaf Scholz von der SPD, Mitglieder der grünen Partei und der FDP haben vor wenigen Tagen im deutschen Bundestag entschieden, dass in Deutschland eine Bezahlkarte für Asylbewerber eingeführt werden soll. Weshalb hat das die deutsche Ampelregierung, die wahrscheinlich den allermeisten hier in diesem hohen Hause näher steht als mir, entschieden? Weil die Tests in den Landkreisen, in denen sie schon eingesetzt wurde, gezeigt haben, dass sie funktioniert. Sie funktioniert und weshalb funktioniert sie? Weil sie niemandem etwas wegnimmt.

Dieses falsche Narrativ von Nicolas Goepfert und teilweise auch von Hanna Bay ist hier zu korrigieren. Niemand hat weniger Geld zur Verfügung mit dieser Bezahlkarte. Es ist einfach nicht wahr. Was aber wahr ist – und davor können Sie die Augen nicht verschliessen –, dass diese Bezahlkarte dazu führt, dass die Schlepperkriminalität eingedämmt wird und dass weniger Geld ins Ausland überwiesen werden kann. Das ist ein Fluchtgrund für viele. Sie machen sich dafür auf einen gefährlichen Weg auf, da haben Sie recht, das ist ein gefährlicher Weg und es ist jedem selbstverständlich auch nachzusehen, dass er versucht, nach Europa zu kommen, aber die Antwort von Europa kann nicht sein, dass wir die Türe weit öffnen, sondern dass wir unsere Grenzen schützen und dass wir Anreize reduzieren.

Diese Bezahlkarte ist ein Anreiz. Regierungsrat Kaspar Sutter hat gesagt, dass diese Beträge relativ gering seien. Aber nur ein einziger Franken, den ein Asylbewerber hier bekommt pro Tag, reicht bereits aus, um im Heimatland eine Familie zu unterstützen. Und es ist tatsächlich so, gehen Sie einmal an diese Transferschalter für Zahlungen in in andere Länder. Das wird rege genutzt. Es hat sich in der Zwischenzeit eine regelrechte Industrie gebildet, die davon profitiert, dass Asylbewerber aus Europa Gelder in ihre Heimat schicken können, einerseits um die Familie zu unterstützen, was bis zu einem gewissen Grad vielleicht auch noch nachvollziehbar, ist aber eben andererseits auch, um die hohen Schulden zu begleichen, die sie bei Schleppern haben, die sie illegal nach Europa transportieren wollen. Und deshalb ist diese Bezahlkarte ein gutes System, um zu verhindern, dass Schlepper bezahlt werden und diese illegale Migration gefördert wird.

Diejenigen, die hier einen Asylanspruch haben, haben dadurch nichts weniger. Man hat in Deutschland auch einige Asylbewerber befragt, die bereits mit dieser Bezahlkarte in ihrem Landkreis konfrontiert worden sind, und die haben das alle überhaupt nicht schlecht gefunden, weil es auch praktisch ist, wenn man mit einer Bezahlkarte bezahlen kann. Wir machen letztlich Tag für Tag auch nichts anderes, wir bezahlen mit einer Karte. Und diese Erfahrungen aus den Landkreisen in Deutschland haben auch gezeigt, dass diejenigen, die vielleicht aus anderen Gründen in einem Landkreis oder einem Bundesland Asyl haben, abgereist sind, weil sie dieses System eben nicht gut fanden, weil sie das Geld gar nicht in erster Linie für sich haben wollten, sondern eben, um es diesen Schleppern oder anderen Kreisen zu überweisen.

Deshalb bin ich schon sehr überrascht, dass nun dieser grosse Widerstand gegen diesen Vorstoss kommt. Er ist moderat, weil er niemandem etwas wegnimmt, weil er aber klare Regeln aufstellt. Und das Bürokratieargument ist geradezu lächerlich. Das ist selbstverständlich überhaupt keine Bürokratie, im Gegenteil, mittel- und langfristig wird eine solche Bezahlkarte sogar effizienter und für den Staat, für das Gemeinwesen günstiger.



Wer also etwas für die Schweiz tun möchte, schauen möchte, dass das Asylchaos eingedämmt werden kann, muss für diese Bezahlkarte sein und selbstverständlich, Frau Trevisan, haben wir ein Asylchaos. Schauen Sie sich durch die Überlastung unserer Unterkünfte an. Weshalb gibt es denn jetzt an der Heuwaage ein Asylhochhaus? Weshalb muss dann Deutschland an der Grenze zu Basel, in Lörrach eine Asylunterkunft errichten? Weil in Europa ein Asylchaos herrscht, und deshalb ist es gut, dass wir sämtliche Anreize reduzieren, um illegal in unser Land und nach Europa einzureisen. Ich bitte Sie deshalb, meine Motion entsprechend zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es gibt zwei Zwischenfragen. Sie werden angenommen. Zuerst hat David Jenny das Wort.

*David Jenny (FDP):* Gemäss seiner Mitteilung Ihrer Mutterpartei sind die Anliegen der Volksinitiative «Bargeld ist Freiheit» absolut berechtigt. Sehen Sie einen gewissen Widerspruch zu ihrer heutigen Position?

*Joël Thüring (SVP):* Ich unterstütze diese Initiative nicht und auch die SVP Schweiz ist für diese Bezahlkarte, denn es geht hier um eine Bezahlkarte für Asylbewerber und nicht für alle.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Das Wort hat Amina Trevisan.

*Amina Trevisan (SP):* Gemäss dem Bundesamt für Statistik hat die Asylstatistik gezeigt, dass seit 2015 die Asylgesuche abgenommen haben und dann aufgrund der weltweiten Kriege im Jahr 2022 zugenommen haben. Woran machen Sie ein Chaos fest?

*Joël Thüring (SVP):* Sie haben recht, 2015 waren sie hoch, danach gingen sie herunter, 2020 waren sie hoch, 2023 waren sie auf dem Niveau von 2015, nämlich bei 30'000 und für das Jahr 2024 erwartet das Staatssekretariat für Migration 30'000, im schlechtesten Fall sogar 40'000 Asylbewerber. Das ist viel, und erinnern Sie sich bitte an Regierungsrat Kaspar Sutter, der letzte Woche anlässlich meiner Interpellation gesagt hat, dass die Kantone mit der Unterbringung überfordert sind und deshalb neue Unterkünfte einrichten müssen. Das ist, weil wir zu viele Asylsuchende haben und nicht, weil wir weniger haben als vor einigen Jahren. Das ist ein Asylchaos.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisen, NEIN heisst nicht Überweisen

### **Ergebnis der Abstimmung**

**21 Ja, 71 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003267, 17.04.24 10:17:33]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion nicht zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Motion wurde nicht überwiesen mit 71 Nein-Stimmen bei 21 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen.



## 17. Motion 2 Christian C. Moesch und Konsorten betreffend Rückvergütungen von kantonalen Überschüssen an die steuerzahlenden Privatpersonen

[17.04.24 10:17:47, 24.5056.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Patrizia Bernasconi.

*Patrizia Bernasconi (GAB):* Auf den ersten Blick scheint diese Idee der Rückvergütung von kantonalen Überschüssen an die steuerzahlenden Privatpersonen verlockend. Bei genauerem Hinsehen stellen wir jedoch fest, dass diese Motion das Grundprinzip der Steuern beziehungsweise den Umverteilungscharakter von Steuern völlig missachtet. Denn, so die Motion, die Ausschüttungen an die steuerzahlenden Privatpersonen sollen im Verhältnis zum persönlichen Steueraufkommen erfolgen. Dies lehnen wir ab. Wir hätten diese Motion in einem ersten Schritt unterstützt, wenn die Rückvergütung im Sinne der Umverteilung für alle gleich hoch vorgeschlagen worden wäre. Dies ist aber nicht der Fall. Deshalb lehnen wir die Überweisung dieser Motion ab.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist Lorenz Amiet.

*Lorenz Amiet (SVP):* Wer Zahlen mit acht Nullen lesen kann, dem ist klar, dass Basel-Stadt zu viel Geld einnimmt. Wer den Jahresabschluss 2023 angeschaut hat, der kann diese Aussage beim besten Willen nicht mit gutem Gewissen bestreiten. Wenn ich das richtig verstehe, wurde diese Motion noch vor dem Abschluss 2023 eingereicht. Der Abschluss 2023 bekräftigt die Argumentation dieser Motion in aller Deutlichkeit.

Ebenfalls weitgehend unumstritten dürfte sein, dass die Kaufkraft primär bei den Leuten bleiben soll, insbesondere beim Mittelstand. Der Staat soll den Leuten nicht das Geld aus der Hosentasche ziehen, das er nicht braucht. Die Frage ist jetzt bloss noch, wie wir dieses Missverhältnis korrigieren zwischen dem, was der Staat einnimmt und dem, was der Staat braucht. Und hier bietet diese Motion einen innovativen, einen neuen Ansatz, welcher unbedingt zu prüfen ist. Es mag noch Fragen geben zur Praxis, zur Praktikabilität und so weiter. Wenn wir diese Motion heute überweisen, dann geben wir der Regierung die Gelegenheit, solche Fragen näher anzuschauen. Es freut mich besonders, dass der Regierungsrat bereit ist, diese Idee zu prüfen und diese Motion entgegenzunehmen. Noch mehr freut mich aber, dass ausser dem GAB alle Fraktionen diese Motion unterstützen. Ich interpretiere das so, dass in diesem Grossen Rat die Frage, ob Basel-Stadt als Kanton zu viel Steuern einnimmt, weitgehend mit Ja beantwortet wird. Entsprechend unterstützt die SVP diese Motion.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist Niggi Rechsteiner.

*Niggi Daniel Rechsteiner (GLP):* Die Rechnung des Kantons Basel-Stadt konnte im Jahr 2023 mit einem Überschuss von 434 Millionen Franken abgeschlossen werden. Dies entspricht beinahe dem Zehnfachen des budgetierten Überschuss. In dieser komfortablen Lage lassen sich auch hohe Investitionen direkt vom Kanton finanzieren. Ein beachtlicher Teil des Überschusses würde durch höhere Unternehmenssteuererträge realisiert. Das ist alles in allem sehr erfreulich und stärkt mitunter auch den Standort. Allerdings ist das Geld auch dringend nötig. Der Kanton will investieren und plant dadurch die Verschuldung stark ansteigen zu lassen. Es stehen zudem wichtige Aufgaben an, unter anderem im Klimaschutz.

Die Situation weckt aber auch andere Begehrlichkeiten. Mit dem finanziellen Erfolg muss daher sorgsam umgegangen werden und Ausgaben sind weiterhin so zu planen, dass sie auch bei einem Rückgang der Einnahmen finanziert werden können. Und da ist die Finanzplanung des Kantons zu beachten. Nach wie vor bestehen Schulden, mit den Investitionen werden diese sogar noch aufgebaut, was wiederum hohe Kosten verursacht. Folglich ist die Schuldentilgung in finanziell guten Zeiten ein zentraler Aspekt. Es darf also berechtigterweise die Frage gestellt werden, wie ein solcher Überschuss zu verwenden ist. Es liegt sehr nahe, dass sich Steuerzahlende Fragen, wofür die eingebrachten Mittel verwendet werden und ob die Höhe der Steuern allenfalls reduziert werden kann, und nicht zuletzt stellt sich die Frage, ob die Mittel auch wieder rückvergütet werden können.

An diesem Punkt setzt die vorliegende Motion an und verlangt Ausschüttungen beziehungsweise Rückvergütungen unter klar definierten Vorgaben, insbesondere nur dann, wenn auch der Schuldenabbau gesichert ist. Dies ist grundsätzlich ein sehr sinnvolles Anliegen, da es schwierig zu vertreten ist, dass hohe Überschüsse erreicht werden und dabei die Steuerbelastungen unter anderem beim Mittelstand nach wie vor hoch ist.



Grundsätzlich unterstützt die grünliberale Fraktion die Grundanliegen der Motion und deren Ausgestaltung, welche auch den Abbau der Staatsschulden berücksichtigt. Gestatten Sie mir aber dennoch einige Punkte hervorzuheben, welche aus unserer Sicht elementar wichtig sind und in die Ausarbeitung einer Umsetzung einfließen sollen.

Wichtig sind die Bruttoschulden, da ihre Höhe das Volumen der jährlichen Ausgaben für Zinsen bestimmt. Unabhängig von den Nettoschulden bewirkt jede Rückzahlung von Schulden eine Entlastung in der Zukunft. Sie bringt also im Umkehrschluss einen Ertrag, der Betrag, der zur Schuldentilgung genutzt wird, vermehrt sich quasi stetig. Die Rückzahlung entlastet damit künftige Generationen. Mit einem hohen Anteil an Schuldentrückzahlung investieren wir den Überschuss langfristig und ermöglichen uns Handlungsspielräume in der Zukunft. Eine Schuldentrückzahlung ist daher grundsätzlich nachhaltiger als eine Rückzahlung an die Steuerzahlenden. Eine Rückzahlung bringt jeweils einen Einmaleffekt für die Steuerzahlenden, eine Schuldentrückzahlung eine langfristige Entlastung, auch für künftige Generationen. Aufgrund der geplanten grossen Investitionen werden die Verschuldung und damit die Zinszahlungen stark ansteigen. Daher lohnt es sich, Basel-Stadt und die Steuerzahlenden besonders mit der Schuldentilgung langfristig zu entlasten.

Ein weiterer Aspekt sind die Unternehmen. Auch mit ihren Steuern werden Überschüsse aufgebaut. Sie profitieren aber nicht von einer Rückzahlung. Es sind lediglich die natürlichen Personen. Mit einer Schuldentilgung profitieren langfristig auch Unternehmen, da mehr finanzpolitischer Spielraum besteht, zu ihren Gunsten Mittel bereitzustellen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Idee der Motion im Sinne einer vertretbaren Rückvergütung unterstützt wird, aber ein höherer Sockelbeitrag für den Abbau der Bruttoschulden notwendig ist und eine Lösung für die juristischen Personen geprüft werden soll. In diesem Sinne überweisen wir die Motion heute sehr gerne, und wenn diese Punkte einfließen auch ein zweites Mal.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächste Einzelsprecherin ist Michela Seggiani.

*Michela Seggiani (SP):* Es stimmt, wir müssen die Frage stellen, wie wir der Bevölkerung in Basel einen Teil der Überschüsse zurückgeben. Die SP schlägt dazu folgendes vor: In der Kinderbetreuung, der Bekämpfung der Armut, höhere Prämienentlastungen, Beschleunigung der Erreichung der Klimaziele usw. In den Steuern zu sparen, sehen wir grundsätzlich als falsch an, weil das immer eine Bumerangwirkung haben kann. Zudem kommen Steuersenkungen fast nie den Menschen, die es eigentlich benötigen, zugute. Beim Staat zu sparen ist nach unserer Grundhaltung ein falscher Ansatz. Diese hier vorgeschlagene, aus finanzpolitischer Sicht risikoarme Steuerrückvergütung ist aber eine Möglichkeit, die Steuerzahlenden am Plus teilhaben zu lassen. Das ist gut.

Aber wir wünschen uns, auch von Armut betroffene Menschen hätten etwas davon. Unser Ansatz ist immer, Menschen zu helfen, die Umwelt zu schützen und nicht Steuern zu sparen. Die Fraktion ist der genannten Punkte wegen in dieser Frage auch gespalten und das Plus in der Kreuztabelle fällt uns wirklich nicht leicht. Wir unterstützen zwar die vorliegende Motion, jedoch mit einem sehr grossen Aber. Es macht Sinn, dass Ausschüttungen an Privatpersonen getätigt werden, wie in der Motion beschrieben, aber nur an Stelle von pauschalen Steuersenkungen. Das ist für uns das ausschlaggebende Argument, warum wir hier Ja sagen, wenn oder damit es dafür keine Steuersenkungen gibt. Wir hätten es dennoch vorgezogen, wenn das Anliegen durch einen Anzug geprüft und berichtet worden wäre. Auch wenn wir die Erstüberweisung jetzt unterstützen, werden wir nach der Stellungnahme der Regierung für die zweite Überweisung für einen Anzug plädieren, so wir dann für eine Überweisung sind. Wir lassen uns das zum jetzigen Zeitpunkt noch offen und möchten wirklich schauen, wie die Regierung dazu formuliert. In diesem Sinne sind wir gespannt auf eine Fortsetzung der Diskussion und bleiben angehalten kritisch.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es liegen ausser jener des Motionärs keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat Christian Moesch das Wort.

*Christian C. Moesch (FDP):* Geben ist seliger denn Nehmen. Diese Redewendung dürften Sie wohl alle kennen und manche haben sie wohl auch schon am bei der einen oder anderen Gelegenheit benutzt. Ich persönlich gebe auch gerne, während es mir oftmals gar unangenehm ist, wenn ich selbst etwas bekommen oder nehmen soll. Ich halte es für ein hohes Gebot, dass wir diesen Grundsatz beherzigen und denjenigen geben, die zu wenig oder je nachdem gar nichts haben. Ich denke und hoffe, ich spreche hier für alle.

Mühe bereitet mir jedoch, wenn diejenigen, welche etwas nehmen, dies gar nicht benötigen oder gar im Gegenteil wenn, durch das Nehmen mehr angehäuft als effektiv gebraucht wird, und dies dann wiederholt und über Jahre oder gar Jahrzehnte hinweg. So geschieht es bei uns in Basel. Natürlich freut man sich im ersten Augenblick, wenn unsere Finanzdirektorin nach den abgeschlossenen Staatsrechnungen einen zwei- oder gar dreistelligen Millionenüberschuss präsentiert. Dies hat sich ja in Basel mittlerweile zu einer erfreulichen Tradition entwickelt, aber eben, dieser Überschuss



kommt ja nicht von irgendwo her, sondern von uns allen. Im vergangenen Jahr haben die privaten Steuerzahlenden, also auch wir alle hier drin, insgesamt 2,16 Milliarden Franken an Steuern bezahlt. Das entspricht zwei Drittel der gesamten Steuereinnahmen des Kantons.

Selbstverständlich tragen auch die Unternehmen einen schönen Teil zu den Fiskaleinnahmen bei. Aber wie wir ebenso wissen, geht es den Unternehmen in Bezug auf die Steuerbelastung in unserem Kanton mittlerweile wesentlich besser als den natürlichen Personen. Bekanntermassen ist die Steuerbelastung bei uns nach wie vor und im schweizweiten Vergleich sehr hoch. Kommt hinzu, dass wir auch bei weiteren Lebenshaltungskosten, ich denke da zum Beispiel an die Krankenkassenprämien, ganz am Ende rangieren, oder wenn wir von der Höhe sprechen eben ganz weit oben. Und in dieser Konstellation kann ich leider niemandem widersprechen, welcher oder welche das Gefühl beschleicht, in Basel sehe man im Nehmen etwas seligeres als im Geben.

Der Kanton hat nun seit 2012 kumuliert Einnahmenüberschüsse von über 3,5 Milliarden Franken erwirtschaftet. Tatsächlich wäre es noch einiges mehr gewesen, wenn wir nicht noch die Pensionskasse des Kantons hätten ausfinanzieren müssen. Es ist es deshalb an der Zeit, dass wir die Steuerzahlenden in irgendeiner Form und signifikant entlasten und an den erfreulichen Ergebnissen teilhaben lassen. Dies können wir mit der vorliegenden Motion nun in Angriff nehmen. Ich bin persönlich sehr positiv überrascht natürlich und höchst erfreut von dem grossmehrheitlichen Zuspruch, welche dieser Vorstoss nun gefunden hat, einerseits natürlich darüber, dass die Regierung bereit ist, die Motion entgegenzunehmen, andererseits ebenso, dass offensichtlich auf Seiten der Ratslinken teilweise Sympathien für eine Überschussrückvergütung geweckt werden konnten.

Ich erspare Ihnen daher an dieser Stelle, nochmals auf die Argumente für den Vorstoss einzugehen. Dann ich gehe davon aus, dass diese ja bereits vorbereitend in den Fraktionen diskutiert wurden. Basel tickt ja bekanntlich anders und ich denke, es ist ein starkes und innovatives Zeichen, welches der Kanton mit der Umsetzung einer solchen Überschussrückvergütung setzen könnte. Oder um es im Sinne und in der Redewendung etwas abgewandelter Form zu sagen: Zurückgeben ist seliger als Behalten. Ich danke Ihnen herzlich für die Unterstützung und ein Ja zu der Überweisung dieser Motion..

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Überweisung der Motion wird bestritten von Patrizia Bernasconi. Wir kommen zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisen, NEIN heisst nicht Überweisen

### **Ergebnis der Abstimmung**

**71 Ja, 18 Nein, 4 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003269, 17.04.24 10:33:23]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Antrag auf eine Standesinitiative dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Sie haben die Motion überweisen mit 71 Ja-Stimmen gegen 18 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

## **18. Anzug 1 Pascal Pfister und Consorten betreffend ambulant begleitete Arbeit für Personen mit behinderungsbedingten Einschränkungen (Supported Employment)**

[17.04.24 10:33:36, 24.5055.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Daniel Seiler.



*Daniel Seiler (FDP):* Der Begriff «ambulant begleitete Arbeit» zeigt bei Google rund ein Dutzend Treffer. Der erste Link zum Kollegen Pacal Pfister, ein weiterer zu unserem Nachbarkanton, wo es darum geht, die Bedarfsplanung für junge Erwachsene oder für Erwachsene mit Behinderung. Dabei geht es primär um die Förderung der Arbeitsmodelle und die Unterstützung.

Die Google-Suche zeigt, dass dies ein Thema ist, das man durchaus diskutieren kann. Ich selber habe in meiner Recherche auch das eine oder andere dazu gelernt. Es ist aber nicht so, dass in diesem Bereich noch nichts gemacht oder unternommen wird. Auch Arbeitgeber sind nicht zuletzt wegen dem Fachkräftemangel daran interessiert, möglichst viele Menschen in den Arbeitsprozess zu integrieren. Schon heute wird in diesem Bereich einiges unternommen. Heute erfolgt vieles aber freiwillig und auf Vereinsebene in unterschiedlichen Organisationen, so zum Beispiel im Verein Work Train, der Menschen beim Wiedereinstieg begleitet, oder über das Label iPunkt, das Unternehmen auszeichnet, die auf Fachkräfte mit Behinderung zählen. Oder der Kanton selber zeichnet Unternehmen mit dem Basler Inklusionspreis aus.

Die FDP befürchtet aber, dass mit staatlichen Eingriffen und gesetzlichen Regelungen, wie hier zumindest teilweise angeregt wird, das Gegenteil vom Angestrebten erreicht wird und am Ende nicht mehr, sondern weniger Personen in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Daher kann die FDP den Anzug nicht unterstützen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist Roger Stalder.

*Roger Stalder (SVP):* Auch die SVP ist natürlich nicht dagegen, dass Leute mit Behinderung in den ersten Arbeitsmarkt eintreten können. Das unterstützen wir auch. Aber wir haben von Vertretern von Unternehmen ganz klar mitbekommen, dass das funktioniert. Hier läuft nichts falsch, die Unterstützung ist gross, die Ressourcen werden wahrgenommen. Es braucht auch Unterstützung für beide Seiten, für die behinderte Person und für den Arbeitgeber, und darum bitten wir Sie, den Anzug nicht zu überweisen, denn wir sehen mit dem Anzug keinen Mehrwert, auch nicht für den ersten Arbeitsmarkt.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Sprecher ist Georg Mattmüller.

*Georg Mattmüller (SP):* Ich spreche auch im Namen des GAB. Ich gebe Daniel Seiler Recht, wir haben schon relativ viele Angebote. Die muss man nicht bei Google suchen, man kann sie auch nachschlagen, zum Beispiel bei der Beantwortung der schriftlichen Anfrage von Jessica Brandenburger. Sie finden da eine relativ gute Übersicht über die bestehenden Angebote, die wir bereits haben.

In unserem Angebotssystem haben wir die klassischen Werkstätten, geschützte Arbeitsplätze. Wir haben auch Arbeitsmodelle wie die integrativen Arbeitsplätze. Die gibt es als interne Ausstattung in den Institutionen, aber auch externe, inklusive der Version mit externen Arbeitsintegrationen im Personalverleihen. Was sie dort aber auch sehen ist, dass es das System Support Employment gibt. Der Kanton pilotiert das bereits. Es ist ein sinnvolles Angebot, es ist auch ein erfolgreiches Angebot, es ist ein zukunftsträchtiges und auch zeitgemässes Angebot, wenn man sich die Auflagen und Aufgaben vor Augen hält. Und in dem Sinne ist es nicht eine Frage von staatlichem Eingriff, sondern es ist eine staatliche Unterstützung, Arbeitgebende, die Menschen mit einer Beeinträchtigung beschäftigen, auch zu unterstützen und damit zu einer nachhaltigen Integration im ersten Arbeitsmarkt beitragen können. Ich bitte Sie daher aus den genannten Gründen, diesen Anzug zu verweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der nächste Einzelsprecher hat sich zurückgezogen. Damit sind wir beim Anzugsteller Pascal Pfister.

*Pascal Pfister (SP):* Ich möchte hier nicht noch einmal Holz ins Feuer nachlegen, ich möchte Ihnen einfach berichten, wie es zum Anzug gekommen ist. Da war im Rahmen der Behindertensession, die hier im Grossratssaal zum ersten Mal in Basel stattgefunden hat. Das war sehr eindrücklich, und wenn wieder eine stattfindet und wenn Sie die Gelegenheit haben, würde ich Ihnen ans Herz legen, dort vorbeizugehen. Es war sehr eindrücklich und was ich am meisten mitgenommen habe aus dieser Situation ist, dass die Menschen Forderungen stellen. Sie sind nicht hier als Bittsteller, sondern Sie stellen Forderungen, damit sie hier in der Gesellschaft berücksichtigt werden. Es sind doch viele Menschen hier in der Schweiz, eine Maximalzahl von 1,8 Millionen Menschen mit Behinderung. Das kommt ein bisschen darauf an, wie man das genau rechnet, aber es ist doch ein sehr bedeutender Teil und diese Menschen haben Forderungen an uns. Ich finde es wichtig, dass wir zuhören und diese Forderungen aufnehmen. Das versuchen wir mit diesem Anzug.



Wie gesagt, es gibt schon Ansätze, aber es ist wichtig, dass wir hier jetzt vorwärtskommen Und noch eine kleine Bemerkung. Wir reden viel über Fachkräftemangel. Es ist mir ein Anliegen. Es gibt verschiedene Bereiche, in denen wir daran arbeiten können, dass wir bestehende Potenziale auch nutzen können. Vielen Dank für die grosse Unterstützung, ich glaube, es ist eine gute Sache.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Überweisung des Anzugs wurde bestritten von Daniel Seiler und Roger Stalder. Wir stimmen darüber ab.

### Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst nicht Überweisen

### Ergebnis der Abstimmung

**70 Ja, 22 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003271, 17.04.24 10:42:05]

### Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Anzug ist überwiesen mit 70 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen und einer Enthaltung.

## 19. Anzug 2 Jessica Brandenburger und Konsorten betreffend Massnahmen zur Unterstützung von Long Covid Erkrankten

[17.04.24 10:42:21, 24.5060.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Raoul Furlano.

*Raoul I. Furlano (LDP):* Ich danke Jessica Brandenburger, dass sie mir den Anzug im Vorhinein schon gezeigt hat. Ich habe ihn dann nicht unterschrieben, ich habe bereits argumentiert, warum. Es ist ein Anzug, es geht um Prüfen und Berichten, und man kann diese Fragen stellen, aber ob ein Anzug das richtige Mittel ist und nicht besser eine Interpellation, darüber kann man streiten. Aber ich nehme wie folgt Stellung und beantwortet die Fragen wie folgt, ohne den Anspruch, die Arbeit von Regierungsrat Lukas Engelberger zu erledigen.

Die Ressourcen im Gesundheitswesen sind begrenzt, und eine umfassende Sensibilisierung für Long Covid erfordert erhebliche Gelder und auch Arbeitskräfte. Die begrenzten Ressourcen sollten stattdessen darauf konzentriert werden, die bereits etablierten Prioritäten im Gesundheitswesen zu unterstützen und zu stärken.

Zur Frage 1b, zur Beschleunigung der Diagnosestellung von Long Covid: Die Diagnose von Long Covid erfordert ebenso komplexe Untersuchungen und kann nicht immer einfach beschleunigt werden, ohne die Genauigkeit dann auch einer Diagnose zu gefährden. Eine übermässige Eile könnte eben auch zu Fehldiagnosen führen und die Patientenversorgung beeinträchtigen.

Zu Frage 2, zukünftige Versorgungslage bei Kompetenzzentren und Spezialsprechstunden: Die Schaffung neuer Kompetenzzentren und Spezialsprechstunden erfordert erhebliche finanzielle Mittel. Es wären effizienter, die bestehenden Strukturen zu stärken und Ressourcen dort einzusetzen, wo sie am dringendsten benötigt werden.

Zu Frage 3, Beteiligung an Studien zu Long Covid: Die Beteiligung an Studien erfordert Zeit, Personal und auch hier erhebliche finanzielle Mittel. Der Fokus sollte auf der effizienten Nutzung der vorhandenen Ressourcen liegen, um eine



optimale Patientenversorgung sicherzustellen. Es gibt genügend Geldgeber für Studien. Das ist meiner Meinung nach nicht Aufgabe der Regierung und solche Studien laufen auch schon.

Zu Frage 4, Projekte zur Verbesserung der Versorgungslage in den Kantonen: Das kann man durchaus fragen. Sie sehen also, das ist die erste von 9 Fragen, die der Regierungsrat dann wirklich beantworten kann.

Zu Frage 5, Einflussnahmen auf Rückfälle im Krankheitsverlauf: Die Beeinflussung von Krankheitsverläufen ist oft komplex und nicht vollständig vorhersehbar. Die Ressourcen sollten darauf ausgerichtet sein, die bestmögliche Unterstützung für alle Patienten zu bieten, anstatt sich auf einzelne Aspekte zu konzentrieren.

Sensibilisierung der Arbeitgeber für einen stufenweisen Wiedereinstieg: Die Entscheidung für einen Wiedereinstieg sollte auf individuellen medizinischen Bewertungen basieren. Es ist nicht praktikabel, generelle Anweisungen für alle Arbeitgeber zu geben, da ja jeder Fall auch sehr unterschiedlich ist.

Dann die temporäre Unterstützungsleistungen für Long Covid: Die Einführung temporärer Unterstützungsleistung kann zu einer unvorhersehbaren finanziellen Belastung führen. Es ist ratsam, die bestehenden Systeme zu nutzen und gegebenenfalls individuelle Unterstützung zu prüfen und die finanzielle Nachhaltigkeit zu gewährleisten.

Die Abbilder der Kosten in TARMED für Long Covid Sprechstunden: Die TARMED-Abrechnung sollte auf realistischen und nachvollziehbaren Kosten basieren. Es ist notwendig, die tatsächlich anfallenden Kosten für Sprechstunden und interprofessionelle Teams genau zu erfassen, um eine angemessene Vergütung zu gewährleisten.

Und schliesslich die ambulanten Massnahmen und Pflegeunterstützung für Long Covid-Patienten. Eine umfassende ambulante Versorgung erfordert auch hier wieder unmässig viele Investitionen und auch hier, die vorhandenen Ressourcen bitte nutzen und optimieren, bevor zusätzliche Massnahmen in Betracht gezogen werden.

Deshalb bin ich jetzt nicht für Überweisen, aber ich habe kein Herzblut, und wenn die Regierung dann dasselbe erzählt, dann bin ich froh.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist Lorenz Amiet.

*Lorenz Amiet (SVP):* Die Grenzen zwischen schriftlichen Anfragen und Anzügen sind fließend, da sind wir uns hier alle einig, zumindest mein Vorredner sieht das ähnlich. Ob es dann gleich eine Interpellation sein muss oder eine schriftliche Anfrage, darüber können wir uns beim Kaffee weiter unterhalten.

Nun kann man das im Einzelfall selbstverständlich anders sehen und man kann im Einzelfall tatsächlich der Meinung sein, etwas sollte schriftlich angefragt oder über einen Vorstoss vorgeschlagen werden. Unsere Meinung dazu entnehmen Sie der Kreuztabelle, sie ist dieselbe wie die meines Vorredners, insbesondere wenn man dann noch den Luxus hat, dass ein fachkundiger FSpezialist diese schriftliche Anfrage gleich mündlich beantwortet.

Wenn man jetzt also in diesen Anzug eine politische Forderung hineininterpretieren will, dann jene nach einem neuen Gefäss zur ambulanten rehabilitativen Behandlung von Patienten mit Long Covid. Das ist das einzige, was wir da sehen. Und diesen Bedarf für eine Sonderbehandlung von diesen Patienten sehen wir nicht. Long Covid ist ohne Zweifel schlimm. Viele andere Krankheiten sind auch schlimm, und viele Verletzungen nach Unfällen sind auch schlimm. Und da sehen wir wirklich nicht ein, weshalb man jetzt Patienten mit Long Covid anders, bevorzugt behandeln soll gegenüber anderen Patienten. Wir sehen auch diesen etwas unterschweligen Vorwurf in diesem Anzug nicht ein, dass Patienten mit Long Covid heute benachteiligt werden gegenüber Patienten mit anderen Krankheiten oder Verletzungen.

Aus diesen Gründen bitten wir Sie, diesen Anzug abzulehnen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächste Einzelsprecherin ist Melanie Eberhard.

*Melanie Eberhard (SP):* In Anbetracht der beiden Vorredner vielleicht noch einen Hinweis auf eine schriftliche Anfrage. Pascal Pfister hat eine solche letzten Herbst eingereicht zu diesem Thema, er hat Fragen dazu gestellt, wie die Situation aussieht. Der Regierungsrat hat diese Fragen auch beantwortet und dargelegt, dass es durchaus eine ernstzunehmende Situation ist. Es gab im Nachgang dazu auch verschiedene Medienartikel, die festgehalten haben, dass es zum einen sehr grossen Ansturm auf die Angebote gibt, dass es sehr lange Wartezeiten gibt, um Abklärungen treffen zu können und dass es nach wie vor immer noch sehr viele offene Fragen gibt. Ich habe das Gefühl, dass wir vielleicht ein bisschen vergessen haben, dass wir vor vier Jahren nicht hier drin sein konnten, dass wir aufgrund dieser Pandemie sehr grosse Einschränkungen hatten. Wir sind alle froh, dass es nicht mehr so ist. Wir möchten vielleicht auch einfach vergessen, wie das damals war und deshalb eben auch nicht genau hinschauen, was heute tatsächlich noch Tatsache für viele Menschen hier in



der Schweiz, aber auch hier in Basel ist, die eben nach wie vor unter dieser damaligen Covid-Erkrankung leiden, die unter Long Covid leiden. In Anbetracht dessen erscheint es mir durchaus angezeigt, dass wir diesen Anzug überweisen. Ein Anzug hat eine längere Frist von zwei Jahren. Das gibt der Regierung die Möglichkeit, diese Sachen zu prüfen, auch in Zukunft zu prüfen, und es gibt uns die Möglichkeit, diesen Leuten auch zu zeigen, dass wir sie nach wie vor nicht vergessen haben, auch wenn wir alle sehr gerne Corona und die Einschränkungen vergessen möchten.

In diesem Sinne bitte ich Sie, an die Menschen zu denken, die nach wie vor unter Long Covid leiden und ich bitte Sie, diesen Anzug heute zu überweisen, damit die Regierung diese Fragen, die Raoul Furlano vorher ganz kurz beantwortet hat, prüfen kann und in zwei Jahren schauen kann, was es noch braucht, damit die Menschen, die unter diesen Erkrankungen leiden, eben eine Perspektive haben und wissen, dass die Angebote, die sie dringend benötigen, auch in Zukunft bestehen.

In diesem Sinne bitte ich Sie im Namen der SP, diesen Anzug zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Sprecher ist Jérôme Thiriet.

*Jérôme Thiriet (GAB):* Wir vom Grünalternativen Bündnis sind auch der Meinung, dass es den Anzug braucht. Das ist ja eigentlich das übliche Vorgehen. Es gibt einmal eine schriftliche Anfrage, dann stellt sich heraus, dass es effektiv ein Problem gibt und dann kann man mit einem Anzug in den nächste Stufe gehen. Auch herzlichen Dank Raoul Furlano, dass er sich schon einmal bereit erklärt hat, einzelne Punkte einzuschätzen, das ist sicher hilfreich für den Regierungsrat, wenn wir den Anzug nachher überweisen.

Mit dem Lorenz Amiet von der SVP bin ich auch nicht ganz einverstanden. Wenn man die Erfahrungsberichte von diesen Long Covid-Patienten hört, dann ist dort die Situation sehr prekär. Zum Teil gibt es wirklich überhaupt keine Hilfeleistung, und wenn es einige gibt, dann sind die Wartezeiten enorm lang. Die Menschen fühlen sich wirklich vom Gesundheitssystem und schlussendlich auch von der Politik im Stich gelassen. Was wir da jetzt zum Teil gehört haben in den Voten, wird für sie wie wie Hohn klingen, weil sie wirklich verzweifelt sind, weil sie mit ihren Long Covid-Symptomen ihren Lebensalltag nicht mehr bestreiten können und nicht die entsprechende Hilfe erhalten, die sie benötigen.

Insofern ist das Grünalternative Bündnis auch dankbar, wenn Sie diesen Anzug überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Sprecher ist Thomas Widmer-Huber.

*Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP):* Diesen Anzug zur Unterstützung von Personen, die sich mit dem Coronavirus angesteckt haben und dann unter starken Erschöpfungsdepressionen leiden, begrüsse ich. Die erwähnten Fragen und Massnahmen sind wichtig. Ich habe die Einwände meines geschätzten Kollegen Raoul Furlano gehört, aber das spricht nicht grundsätzlich gegen eine Überweisung. Der Regierungsrat soll die Möglichkeit erhalten, differenziert Stellung zu nehmen, er soll auch die Möglichkeit erhalten, Stellung zu nehmen, was es bereits gibt, was der Kanton bereits tut, und dann stellt sich die Frage, was es noch braucht für die Weiterentwicklung der Unterstützung dieser Personen.

Personen, die am chronischen Fatigue Syndrom erkrankt sind, brauchen mehr Unterstützung, auch finanziell, wenn es vom Medizinischen her indiziert ist. Im Blick auf die im Anzug erwähnt sind die rehabilitativen Massnahmen braucht es weiterhin Forschung und auch die Verbreitung der Forschungsergebnisse. Wie ich gehört habe, gibt es zum Beispiel ein Problem bei der graduierten Aktivierungstherapie, die in der Schweiz in Rehazentren weiterhin durchgeführt wird und zum Teil grosse Schäden wie Bettlägrigkeit verursacht. In England etwa ist diese Therapie seit drei Jahren verboten. Die Forschung im Bereich ME/CFS müsste generell ausgebaut werden. Obwohl die Zahl der Betroffenen gross ist und mit einer hohen Dunkelziffer zu rechnen ist, gibt es im Verhältnis zu anderen neurologischen und immunologischen Krankheiten weniger Spezialisten. Auch aus diesen Gründen empfehle ich Ihnen, den Anzug zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen damit zur Anzugstellerin Jessica Brandenburger.

*Jessica Brandenburger (SP):* Danke vielmals für die angeregte Diskussion und die Teilnahme. Ich finde es immer gut, wenn Vorstösse tatsächlich gelesen werden und dann darüber diskutiert wird. In den letzten Wochen konnte man ja einiges über das Thema in den Medien lesen. Es gab ein sehr eindrückliches Porträt von einem ETH-Wissenschaftler in der Baz und ich möchte Ihnen kurz den Teil vorlesen, den ich am berührendsten fand. «Otmar Hilliges läuft Halbmarathon und fährt leidenschaftlich gerne Mountainbike. An diesem verregneten Nachmittag empfängt er uns liegend im abgedunkelten Zimmer. Und weil er nicht einmal das schwache Licht an der Wand erträgt, trägt er eine Augenbinde. Seit fast einem Jahr liegt er



schon hier. Der 44-Jährige ist Informatikprofessor an der ETH und er ist so erschöpft, dass er es kaum mehr aus dem Zimmer schafft.» So beginnt dieser Bericht und über zwei Seiten wird sein Leidensweg erzählt. Es wird auch erzählt, dass sein 16-jähriger Sohn an der gleichen Krankheit erkrankt ist und wie das Familienleben eigentlich nicht mehr möglich ist.

Es sind eindruckliche Zeilen, die zeigen, wie sehr Long Covid-Erkrankte leiden. Herr Hilliges ist nicht alleine mit seiner Leidensgeschichte. Schätzungsweise 300'000 Menschen sind in der Schweiz von Long Covid betroffen und gemäss Studien aus den USA und Grossbritannien entwickeln über 50 Prozent der Long Covid-Betroffenen das dauerhafte chronische Erschöpfungssyndrom. Der Leidensweg ist lang und unklar und die Hilfe ist nur begrenzt. Die Krankheit schränkt die Betroffenen extrem. Ein normaler Alltag ist nicht mehr möglich. Verrückterweise anerkennt die Invalidenversicherung des chronische Erschöpfungssyndrom nicht als körperliche Diagnose, sondern als psychische Krankheit. Aber das ist eine andere Geschichte und nicht in unserem Entscheidungsspielraum.

Covid war hochpolitisch. Wir haben hier drin viel diskutiert, es wurde auf Bundesebene, ja in der ganzen Welt wurde viel darüber gesprochen. Nun ist die Pandemie vorbei und wir alle aufatmen, aber wir dürfen nicht vergessen, dass für einige Leute der Albtraum von Covid noch nicht vorbei ist. Sie leiden bis heute und ich finde es falsch, wenn wir diese Leute einfach links liegen lassen.

Zur inhaltlichen Kritik: Ich konnte sie irgendwie nicht raushören. Ich habe extra einen Platz auf meinem Blatt freigelassen, um die Argumente der Gegner aufzuschreiben, aber eigentlich war es ja keine inhaltliche Kritik. Die Frage ist höchstens, schriftliche Anfrage oder Anzug. Es ist ein Anzug, weil eine schriftliche Anfrage im Normalfall keine Handlung auslöst. Raoul Furlano hat sich sehr viel Mühe gegeben bei der Beantwortung der Fragen, aber es bringt den Patientinnen halt nichts. Mit einem Anzug kann ein Handeln ausgelöst werden, und das möchte ich

Der Vergleich von Lorenz Amiet mit einem Unfall und seine Aussage, dass die Leute auch leiden: Ja das stimmt, aber wenn jemand einen gebrochenen Arm habt, dann gibt es Easy Safe Aways, wie man das behandeln kann. Man weiss etwa, wie das wieder verheilt, aber bei Long Covid ist das anders.

Wir können als Kanton dafür sorgen, dass die erkrankten Menschen die bestmögliche Gesundheitsversorgung erhalten. Wir können dafür sorgen, dass Spezialsprechstunden nicht gestrichen werden müssen, wie das schon in anderen Kantonen der Fall war, und wir können mit der Überweisung dieses Anzuges auch Unterstützung für die Betroffenen zeigen und dass uns ihre Schicksale nicht egal sind. Ich danke Ihnen für ihre Stimme.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Überweisung des Anzuges wurde bestritten von Raoul Furlano und Lorenz Amiet. Wir stimmen darüber ab.

## Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst nicht Überweisen

## Ergebnis der Abstimmung

**62 Ja, 27 Nein, 5 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003273, 17.04.24 11:00:34]

## Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Anzug wurde überwiesen mit 62 Ja-Stimmen gegen 27 Nein-Stimmen bei fünf Enthaltungen.

## 20. Anzug 3 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Verbesserung der Zugänglichkeit von öffentlichen automatisierten externen Defibrillatoren (AED) im Aussenbereich öffentlicher Verwaltungsgebäude

[17.04.24 11:00:47, 24.5062.01]



*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen erhalten, es wurde auch kein anderer Antrag gestellt.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

### **21. Anzug 4 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Palliativ Care und Migration bzw. diversitätssensitive Palliative Care**

[17.04.24 11:01:20, 24.5061.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Die Überweisung wird bestritten von Joël Thüring.

*Joël Thüring (SVP):* Im Namen meiner Fraktion beantrage ich Ihnen, diesen Anzug nicht an den Regierungsrat zu überweisen. Das Thema der Palliative Care ist selbstverständlich auch für uns sehr wichtig, da sind wir uns einig, insofern ist auch der erste Satz im Vorstoss von Amina Trevisan auch aus unserer Sicht unbestritten, dass der Palliative Care im Gesundheitswesen eine grosse Bedeutung zugesprochen wird und auch zugesprochen werden muss. Wir stören uns ein wenig daran, und deshalb sind wir dann auch zum Entschluss gekommen, diesen Anzug nicht zu überweisen, dass man hier nun den Regierungsrat zusätzlich einerseits mit Fragen, die man vielleicht eher in einer Interpellation hätte stellen sollen, aber andererseits dann auch mit einem etwas undefinierten Anforderungskatalog an den Regierungsrat gelangt und damit ein Stückweit dem Regierungsrat unterstellt, dass im Bereich der Palliative Care das zuständige Departement und die entsprechenden Akteure, die im Gesundheitswesen aktiv sind, dieses Thema nicht ausreichend auf dem Schirm haben, einerseits ganz generell nicht und dann ganz spezifisch für Menschen oder Personen mit Migrationshintergrund.

Ich würde das schon bestreiten, einerseits, dass die entsprechenden Akteure sich dieses Themas nicht bewusst sind, auch nicht entsprechend dort handeln, auch nicht entsprechend dort sensibilisieren, ich würde aber auch widersprechen, dass hier der Kanton weitergehende Verantwortung wahrnehmen muss. Ich glaube, der Grundsatz der Palliative Care muss sein, dass hier in erster Linie eine Sensibilisierung über den Hausarzt stattfindet. Das ist letztlich ja der erste Ansprechpartner bei einer Behandlung und dann auch entsprechend mit den Fachärzten, die vielleicht bei der Palliative Care-Situation vorgängig ebenfalls mit den Patienten in Berührung kommen, dass also die Abstimmung zwischen Spezialarzt und Hausarzt erfolgt. Dieser Hausarzt sollte ja in Bezug auf seine Patienten ausreichend sensibilisiert sein, auch in der für die Person entsprechend einfacheren Muttersprache.

Wir glauben, dass die Aufgabe heute schon klar ist und weitere Massnahmen seitens des Kantons, die dann spezifisch auf eine Anspruchsgruppe ausgerichtet werden, nicht notwendig ist. Ich habe vorher auch noch ganz kurz die verschiedenen Angebote, die auf der Homepage des Gesundheitsdepartements aufgeführt sind, angeschaut. Auch das, was dann noch spezifisch beispielsweise im Universitätsspital oder auch im Universitätskinderspital aufgeführt wird. Ich glaube, das Angebot ist ausreichend bekannt und vorhanden, und dort, wo es allenfalls Lücken gibt, sind vor allem die Hausärztinnen und Hausärzte gefragt, aber auch – und da kommt das Argumente der Selbst- und Eigenverantwortung mit ins Spiel – schon auch das persönliche Umfeld einer Person, denn Palliative Care ist ja bei vielen Menschen dann auch etwas, was man im Angehörigenumfeld mitmacht und durchleben muss, und deshalb glauben wir, dass man dort auch die Angehörigen entsprechend mit in die Verantwortung nehmen kann und es keine spezifische Sensibilisierung für eine Anspruchsgruppe benötigt.

Insofern ist der Anzug sicherlich vom Inhalt her gut gemeint, wir glauben aber, dass der Kanton hier schon sehr viel unternimmt und dass hier auch vor allem diejenigen in die Verantwortung zu nehmen sind, die im Gesundheitssektor tätig sind, vor allem die Hausärzte, die bei einer solchen schweren Erkrankung zum Patienten sicherlich den direktesten Zugang haben und darüber hinaus braucht es aus unserer Sicht keine ergänzenden Kampagnen oder auch Massnahmen, die dann dort greifen sollten. Wir glauben auch, dass hier allenfalls bei spezifischen Dingen auch der Bund noch eine Verantwortung einnehmen könnte, denn Palliative Care ist ja nun kein kantonsspezifisches Thema und Problem. Deshalb bitten wir Sie, den Anzug nicht zu überweisen.



*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort an die Anzugsstellerin Amina Trevisan.

*Amina Trevisan (SP):* Da wir ja am Anfang einer ganzen Reihe von Vorstössen zur Palliative Care stehen, möchte ich zuerst ein paar allgemeine Worte sagen, weshalb dieses Thema so wichtig ist und weshalb sämtliche Vorstösse aus meiner Sicht unbedingt überwiesen werden sollten. Zuerst möchte ich Ihnen eine einfache Kurve des Bundesamts für Statistik zeigen. Es ist auf den ersten Blick ersichtlich, weshalb der Pflege am Lebensende mehr Gewicht beigemessen werden sollte. Die Entwicklung der Bevölkerungsstruktur führt dazu, dass die Anzahl Todesfälle pro Jahr bis ins Jahr 2050 um rund 50 Prozent zunimmt. Das heisst, die Anzahl Todesfälle nimmt von heute 60'000 auf fast 100'000 Menschen zu. Künftig wird also eine grössere Anzahl Menschen mehr Betreuung am Lebensende benötigen. Das hat vor allem damit zu tun, dass die Menschen in der Schweiz immer älter werden und unheilbare chronische Krankheiten im Alltag häufiger auftreten. Aber auch jüngere unheilbar kranke Patientinnen und Patienten benötigen oft über längere Zeit umfassende medizinische und pflegerische Betreuung. Aus gesundheitspolitischer Sicht besteht deshalb Handlungsbedarf. Palliative Care ist eine Antwort auf diese kommende Herausforderung und unter Palliativ Care wird nicht nur die Betreuung verstanden, die ein Mensch in den letzten zwei Wochen seines Lebens führt. Der Begriff ist viel breiter definiert und umfasst alle unheilbaren fortschreitenden und zum Tode führenden Erkrankungen.

Obwohl für alle Menschen den Zugang zur Palliative Care in der Schweiz ermöglicht sein sollte, zeigen Studien auf, dass es Lücken im Zugang zum Palliative Care Angebot und in dessen Nutzung sowie in der Sicherung einer migrationssensitiven Versorgungsqualität und in der Sensibilisierung von Bevölkerung und Anbieterinnen gibt. Es gibt erhebliche Barrieren im Zugang und in der Nutzung der vorhandenen Angebote, sei es aufgrund von Kommunikationsbarrieren, Mangel an systematisierter Zusammenarbeit mit zum Beispiel religiösen Spezialistinnen, Lücken bei der Etablierung von Support-Strukturen für Angehörige usw.

In der Schweiz scheinen die bestehenden Angebote zur Palliative Care verglichen mit einigen anderen Ländern noch in den Anfängen einer migrationssensitiven Anpassung zu stehen, und das haben diverse Studien eindeutig belegt. Die Migrationsbevölkerung ist noch kaum informiert, zu oft wird Palliativ Care mit Sterbehilfe verwechselt und die Leistungserbringerinnen bedürfen ebenfalls einer weiteren Sensibilisierung.

Wenn wir es ernst damit meinen, dass wir Ungleichheiten im Sterben beheben wollen, dann braucht es diversitätssensitive Palliative Care, denn die Palliative Care muss für alle Personen im Kanton Basel-Stadt, unabhängig von Alter, Behinderung, Bildung, Herkunft, sozioökonomischem Status, Diagnose und Gesundheitskompetenz zugänglich sein. Ich bedanke mich für Ihre Unterstützung und ich bedanke mich auch bei Parteien, mit denen nicht damit gerechnet habe, dass sie diesen Anzug unterstützen würden, und ich bedanke mich auch bei der Regierung, dass sie meinen Anzug entgegennehmen möchte.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Überweisung des Anzugs wurde bestritten von Joël Thüring. Wir stimmen darüber ab.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisen, NEIN heisst nicht Überweisen

### **Ergebnis der Abstimmung**

**69 Ja, 22 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003277, 17.04.24 11:11:08]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Anzug ist überwiesen mit 69 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.



## 22. Anzug 5 Christine Keller und Konsorten betreffend Lehrstuhl für Palliative Care an der Medizinischen Fakultät der Universität Basel

[17.04.24 11:11:23, 24.5065.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Joël Thüring.

*Joël Thüring (SVP):* Ich beantrage Ihnen im Namen meiner Fraktion, diesen Anzug nicht an den Regierungsrat zu überweisen. Das Thema Palliative Care, ist wichtig, da sind wir uns einig. Das Vorstosspaket der SP erscheint uns persönlich in gewissen Teilen etwas überflüssig zu sein. Ich möchte das wertneutral sagen, denn vieles in diesem Bereich ja bereits getan wird und wir auch der Meinung sind, dass das Gesundheitsdepartement beispielsweise hier auch genügend alert ist

Christine Keller fordert mit ihrem Vorstoss einen Lehrstuhl, den es an vielen anderen Universitäten schon gibt. Das ist jetzt eben genau ein das Thema. Wir sind der Meinung, dass es nicht notwendig ist, an jeder Universität in der Schweiz einen spezifischen Lehrstuhl einzurichten, wenn wir das entsprechende Know-How an anderen Universitäten bereits in ausreichender Form haben. Wir glauben schon, dass das universitäre Leben in der Schweiz so ausgerichtet sein kann und aus unserer Sicht auch ausgerichtet sein muss, dass man sich durchaus auch spezialisieren kann. Einen zusätzlichen Lehrstuhl dann zu betreiben, würde ja bedeuten, dass ein anderer Lehrstuhl im Normalfall vielleicht auch wegfallen müsste. Und hier sehen wir keine Notwendigkeit, dass wir zusätzliche Kompetenzen bei uns aufbauen, wenn diese Kompetenzen bereits an einem anderen Ort vorhanden sind. Wir würden uns dann umgekehrt auch freuen, wenn eine andere Universität auf eine Kompetenz verzichtet und wir dadurch auch so ein bisschen einen Kompetenzcluster in der Schweiz haben.

Die Diversität ist ja in ihrem Wesen frei und benötigt auch keinen direkten Vorstoss aus dem Parlament, um sich zu organisieren, auch innerhalb der Fakultäten nicht. Deshalb ist auch der Adressat vielleicht nur halb korrekt, wobei Christine Keller ja schreibt, dass sich der Regierungsrat dann dafür einsetzen soll, dass dieser ein Lehrstuhl in der Universität geschaffen werden soll. Insofern ist die Autonomie zwar noch gewährleistet, aber man möchte natürlich am Schluss des Tages der Universität schon etwas oktroyieren.

Dann wird auch noch die Finanzierung ins Spiel gebracht. Das ist im Moment der heikelste Punkt Sie wissen, dass der Kanton Basel-Landschaft einmal mehr knapp bei Kasse ist und der neue Leistungsauftrag mit der Universität zwischen den beiden Kantonen wird demnächst behandelt werden müssen. Da werden wahrscheinlich aus dem Kanton Basel-Landschaft, wenn man die Wortmeldungen der bürgerlichen Vertreter von der Mitte, der FDP und der SVP anhört, Verteilungskämpfe losgehen können. Deshalb glauben wir, wäre es jetzt der falsche Zeitpunkt, wenn wir nun zusätzliche Begehrlichkeiten einverlangen, die wiederum Geld kosten, die irgendwo im Budget der Universität aufgefangen werden müssen, wenn wir jetzt schon wissen, dass die Universität wahrscheinlich auch finanziell vor grossen Herausforderungen in der Zukunft stehen wird, um die laufenden Kosten zu decken, die steigenden Betriebskosten aufgrund der Neubauten, und dann gleichzeitig der Kantons Basel-Landschaft eher nicht bereit ist, mehr Gelder einzusetzen. Deshalb möchten wir hier auch aus diesem Grunde für den Moment keine falschen Signale setzen, insbesondere weil es in diesem Bereich, wie ich es eingangs erwähnt habe, bereits an anderen Universitäten ausreichend Know-How gibt. Dieses Know-How soll selbstverständlich auch von unserer Gesundheitsregion genutzt werden, aber wir glauben in der Kleinräumigkeit unseres Landes sollte dies möglich sein. Wir bitten Sie deshalb, diesen Anzug nicht zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Als Einzelsprecher hat sich Georg Mattmüller gemeldet.

*Georg Mattmüller (SP):* Gemäss Kreuztabelle müsste ich ja eigentlich nichts mehr sagen, jetzt aber muss ich doch noch Joël Thüring darauf hinweisen, dass wir auch an der Universität Basel Ärzte und Ärztinnen ausbilden, und in der Breite, wie die Gesundheitsversorgung belastet ist durch die zunehmende Überalterung oder einfach zunehmend mehr alte Leute durch das Gesundheitsversorgungssystem medizinisch betreut und unterstützt werden müssen, ist es einfach ein Gebot der Stunde, dass man diesen inhaltlichen Schwerpunkt auf die Palliative Care eben auch universitär abbildet. Ich bitte um Überweisung des Anzugs.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit geht das Wort an Anzugsstellerin Christine Keller.



*Christine Keller (SP):* Die grundsätzliche Wichtigkeit der Palliativ Care wurde betont, dies sicher sehr zu Recht. Wer jemals einen sterbenden oder schwer, unheilbar erkrankten Menschen in seinem Umfeld hatte, kennt diese Arbeit. Sie erstreckt sich ja, wie das auch Amina Trevisan schon gesagt hat, nicht nur auf die pflegerische, sondern eben auch auf die soziale, seelsorgerische, umfassenden Sorge für einen Menschen mit limitierter Lebenserwartung. Ich selbst durfte diese Arbeit kennenlernen, auch bei meinem freiwilligen Engagement. Es ist eine sehr wichtige Arbeit und das wird ja auch von niemandem hier bestritten.

Jetzt zu diesem konkreten Vorstoss. Georg Mattmüller hat es schon gesagt, es geht eben auch um die Ausbildung der Ärztinnen und Ärzte hier in Basel, wo es wirklich sehr wünschbar wäre, dass auch ein eigener Lehrstuhl für diese wichtige Disziplin besteht. Wir haben einen Lehrstuhl für Handchirurgie, aber eben keinen für Palliative Care, womit ich nicht sagen will, dass Handchirurgie nicht auch wichtig ist. Gerade Basel mit seinem Lifescience Cluster, mit dem ganzen Umfeld, ist geradezu prädestiniert, einen solchen Lehrstuhl zu haben. Man findet jetzt, unsere Vorstösse seien insgesamt ein bisschen im Bereich des nicht so Notwendigen. Sie können sicher sein, dass wir mit Fachleuten, die sehr nahe am Thema sind, Kontakt hatten und diese Anzüge sicher nicht aus der Luft gegriffen sind.

Es wurde gesagt, die Idee sei eine Stiftungsprofessur, die haben auch nicht wir erfunden. Das steht schon im Raum. Daran könnten sich natürlich die beiden Kantone beteiligen und ich darf Ihnen die frohe Botschaft verkünden, dass der Landrat ein gleich lautendes Postulat überwiesen hat vor einer Woche, auch von der SP-Fraktion beantragt, was doch immerhin zeigt, dass man da nicht gänzlich abgeneigt ist, sich an einer solchen Finanzierung in diesem wichtigen Falle eben zu betätigen. Ich bitte Sie daher herzlich, diesen Anzug zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nehmen Sie die Zwischenfrage von Joël Thüring an? Sie wird angenommen.

*Joël Thüring (SVP):* Wenn diese Notwendigkeit so gross wäre und die Wichtigkeit, innerhalb der medizinischen Fakultät einen solchen Lehrstuhl zu schaffen, warum hat dann bis heute die Universität das nicht selber gemacht? Diese Möglichkeit wäre ja schon da gewesen seit Jahren.

*Christine Keller (SP):* Meines Wissens bestehen tatsächlich Ideen und Projekte im Sinne einer Stiftungsprofessur. Ich frage jetzt den Kanton, was er leisten will. Er kann das nicht allein entscheiden, aber er kann bestehende Bemühungen unterstützen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Überweisung des Anzugs wurde bestritten von Joël Thüring. Wir stimmen darüber ab.

## **Abstimmung**

JA heisst Überweisen, NEIN heisst nicht Überweisen

## **Ergebnis der Abstimmung**

**73 Ja, 22 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003279, 17.04.24 11:20:58]

## **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Anzug ist mit 73 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung überwiesen.



### 23. Anzug 6 Christine Keller und Konsorten betreffend Zertifizierung von Alters- und Pflegeheimen in „Qualität in Palliative Care“

[17.04.24 11:21:11, 24.5066.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist auch hier bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Die Überweisung wird bestritten von Beat K Schaller.

*Beat K. Schaller (SVP):* Wir haben jetzt einiges gehört über das Thema Palliative Care. Ich möchte hier noch einmal ganz klar die Haltung der SVP betonen zu diesem Thema, die Kreuztabelle könnte einen falschen Eindruck hinterlassen. Der Umgang mit dem Tod, liebe und würdevolle Begleitung Sterbender, die medizinische Erleichterung von Schmerzen und Ängsten im allerletzten Lebensabschnitt ist zu recht stärker in die Aufmerksamkeit unserer Gesellschaft gerückt. Das Sterben hat in den letzten Jahrzehnten zum Beispiel mit dem begleiteten Suizid einen neuen Stellenwert innerhalb unserer Gemeinschaft erhalten, wird vom Tabu des Unsäglichen befreiten, und daher begrüssen wir es auch in der SVP, wenn in dieser Hinsicht jetzt die Aufmerksamkeit nicht nachlässt.

Und trotzdem hinterlässt gerade dieser Anzug einen schalen Geschmack, denn er ist nichts anderes als ein Misstrauensbeweis gegenüber all den Institutionen, welche sich schon heute mit dem Thema auseinandersetzen und für welche die Sterbebegleitung bereits heute Teil ihrer Aufgabe ist. Die Anzugsteller bitten den Regierungsrat, zu prüfen und zu berichten, wie sichergestellt werden kann, dass die entsprechenden Institutionen über eine Zertifizierung zur Palliativpflege verfügen. Ich habe hier die Forderungen des Anzugs leicht verkürzt zitiert. Damit wird aber alternativlos suggeriert, dass eine gute Palliativpflege heute nicht genügend gut stattfindet und der Kanton sich zuerst noch einmischen müsse, damit das passiere. Das ist in unseren Augen eine ungeheure Unterstellung, eine Unterstellung, welche den heute tätigen Organisationen und vor allem den darin arbeitenden Menschen in keiner Weise gerecht wird. Zu unterstellen, es müsse eine Zertifizierung gemacht werden, damit diese Leute eine gute und würdevolle Arbeit machen, ist unverständlich. Wer täglich mit Sterbenden und ihren verwandten Angehörigen zu tun hat, dem müssen wir nicht noch Steine in den Weg legen und vor allem ganz sicher nicht noch administrative Steine.

Zudem überschneidet sich der vorliegende Anzug teilweise mit dem Anzug Mattmüller und Konsorten zur Finanzierung von Palliativpflege in kantonalen Pflegeheimen. Wie Sie der Kreuztabelle entnehmen können, unterstützen wir von der SVP den Anzug Mattmüller. Wieso das Thema Palliativpflege jetzt in dieser Grösse die Verwaltung mit vier separaten Anzügen beschäftigen soll, das erschliesst sich uns auch nicht.

Wie ich eingangs ausgeführt habe, lehnen wir von der SVP die Auseinandersetzung mit dem Thema palliativ nicht ab, ganz im Gegenteil. Wir lehnen aber den in diesem Anzug geäusserten Misstrauensbeweis gegenüber den Palliativorganisationen und -arbeitern ganz entschieden ab. Namens der Fraktion der SVP bitte ich Sie deshalb, den Anzug nicht zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat die Anzugsstellerin Christine Keller das Wort.

*Christine Keller (SP):* Hier geht es zunächst mal nicht um sämtliche Organisationen, die Palliativpflege betreiben. Es geht nicht um die spezialisierte Palliativpflege, die in Basel zum Beispiel gemäss gemeinsamer Spitalliste vom Palliativzentrum Hildegard von der Abteilung im Claraspital und vom Hospiz Im Park erbracht wird, sondern es geht um unsere Alters- und Pflegeheime, die in sehr vielen Fällen, da sehr viele Menschen ihre letzten Tage dort verbringen, auch palliativ gefordert sind.

Nein, Beat Schaller, das war und ist nicht als Misstrauen gedacht. Es ist vielmehr auch eine Bestandesaufnahme in diesem Zertifizierungsprozess, wo geregelt werden kann, wo überall Kompetenzen vorhanden sind. Das kann aufgenommen werden. Es können Regeln erlassen werden, wie man zum Beispiel mit der auch schon angesprochenen Freitodbegleitung umgeht. Duldet man diese, duldet man diese nicht in seinen Räumen, sodass beispielsweise jemand, der einen Platz sucht in einem Heim, darüber Bescheid weiss. Was geht einfach wie in vielen anderen Bereichen dies schon existiert, um eine allgemein anerkannte Zertifizierung, die ja diesem Heim dann auch als Qualitätsmerkmal im Bewerbungsprozess nützlich sein kann.

Es gibt im Moment einfach erst ein Heim in Basel, das Johanniter Pflegeheim, das dieses Qualifikationsmerkmal erfüllt. Wir sind der Meinung, dass dies für alle gelten sollte, wie in anderen Disziplinen auch bestimmte Qualifikationsmerkmale erhoben werden. Ich war selbst Jahre lang Präsidentin der Sachkommission im Bürgerspital und ich weiss, dass in diesen Pflegeheimen eine gute Arbeit geleistet wird, aber die Palliative Care ist eben auch eine Wissenschaft, in der sich vieles auch wieder verändern kann. Mit einer Zertifizierung wird sichergestellt, dass jeder und jede, der oder die in einem Pflegeheim



seine letzten Tage verbringt, in Bezug auf allgemeine Palliative Care die beste Versorgung hat. Hier gibt es auch keine Überschneidung mit dem Vorstoss von Georg Mattmüller. Dieser bezieht sich nämlich auf den Beizug von externen Personen in spezialisierter Palliativ Care, wo man nicht erwarten kann, dass dies überall in den Pflegeheimen erbracht wird. Herzlichen Dank auch hier für die Überweisung des Anzugs.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Überweisung des Anzugs wurde bestritten von Beat K Schaller. Wir stimmen darüber ab.

#### **Abstimmung**

JA heisst Überweisen, NEIN heisst nicht Überweisen

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**66 Ja, 21 Nein, 4 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003281, 17.04.24 11:28:47]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Anzug wurde überwiesen mit 66 Ja-Stimmen gegen 21 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

### **24. Anzug 7 Georg Mattmüller und Konsorten betreffend Finanzierung von spezialisierter Palliativ-Pflege in kantonalen Pflegeheimen**

[17.04.24 11:29:06, 24.5067.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es ist keine Wortmeldung eingetragen worden, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

### **25. Anzug 8 Lukas Bollack und Konsorten betreffend Rheintunnel und flankierende Massnahmen zur Entlastung der Quartiere**

[17.04.24 11:29:23, 24.5068.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Daniel Hettich.

*Daniel Hettich (LDP):* Für die LDP und die FDP bedeutet der neue Rheintunnel nicht, dass die Osttangente zurückgebaut werden muss, wie im Anzug eigentlich gefordert. Der Anzug versucht das so quasi in einer Salomitaktik anzuschieben. Die Osttangente bleibt auch nach dem Rheintunnel für Basel ein wichtiger Anschluss an das Nationalstrassennetz, vor allem aus



gewerblicher Sicht. Gerade wenn man die Quartierstrassen entlasten will, braucht es Sammelstrassen, die diese Funktion haben und auch übernehmen können.

Da Basel flächenbedingt wenig grössere Gewerbebetriebe hat und alles über ein gut funktionierendes Verkehrsnetz zugeführt werden muss, kommen wir ohne nicht aus. Die Angst einer Zunahme des Pendlerverkehrs sehen wir daher nicht als gegeben. Um das zu regulieren, gibt es jetzt schon genügend Massnahmen, die das unattraktiv machen, und bis es dann so weit wäre, werden es ja vermutlich noch mehr. Jetzt schon flankierende Massnahmen zu fordern wäre noch verfrüht und eine unnötige Belastung für die Verwaltung. Darum bitten wir Sie, den Anzug nicht zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nehmen Sie die Zwischenfrage von Lisa Mathys an? Sie wird nicht angenommen. Damit kommen wir zum nächsten Einzelsprecher Pascal Messerli.

*Pascal Messerli (SVP):* Auch die SVP-Fraktion bittet Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen. Es wurde jetzt bei mehreren Anzügen die Frage in den Raum geworfen, ob man nicht einfach auch hätte eine Interpellation einreichen können. Ich denke, das wäre hier auch sicherlich das richtige Mittel gewesen, oder zumindest eine schriftliche Anfrage, dann hätte der Regierungsrat innerhalb von drei Monaten Zeit gehabt, diese Fragen zu beantworten. Ich denke ja auch, die Argumentation des ASTRA und des Regierungsrates bezüglich Rheintunnel liegen eigentlich auf dem Tisch und es gibt ja auch sehr viele Informationsplattformen, wo man sich über diese Themen genügend informieren könnte, da braucht man jetzt nicht noch einen zusätzlichen Anzug.

Ich bin generell sehr erstaunt, wie gerade auf der linken Seite dieses Projekt Rheintunnel derart bekämpft wird. Auf der einen Seite rechtfertigen Sie immer teure Apéros an National- oder Bundesratsfeiern, dafür, dass wir doch lobbyieren müssen in Bern für die regional wichtigen Projekte, und gleichzeitig bekämpfen Sie dann für die Region wichtige Projekte. Das ist unglaublich, Sie müssen sich vielleicht auch einmal entscheiden, ob Sie für die Region wichtige Projekte wollen oder ob Sie die einfach bekämpfen wollen. Da tun Sie wirklich unserer Region gar keinen Gefallen, wenn Sie jedes Mal derart stark gegen den Rheintunnel schiessen. Dementsprechend sollten wir uns vielleicht auch einmal dazu bekennen, dass wir für derart wichtige Projekte auch wirklich sind.

Zu diesem Projekt gehört auch, dass die Osttangente nicht entlastet werden muss, damit wir die Quartiere entlasten können. Wir wollen doch MuttENZ, wir wollen Birsfelden als Gemeinden, wir wollen die Breite, wir wollen das Gellert oder das Gundeli entlasten und nicht die Osttangente. Das ist sowieso schon der völlig falsche Ansatz. Wir wollen, dass in den Quartieren mehr Lebensqualität entsteht. Aber dafür ist es doch wichtig, dass sowohl beim neuen Rheintunnel als auch bei der Osttangente möglichst viel Verkehr durchgehen kann und eben nicht durch die Quartiere geht. Dementsprechend zielt ja auch dieser Anzug völlig ins Leere, wenn der Titel heisst «Für flankierende Massnahmen zur Entlastung in den Quartieren». Dementsprechend versprechen Sie Entlastungen in den Quartieren, werden hier aber Autobahnkapazitäten abbauen.

Ich finde es dann auch immer interessant, wenn die Linke immer vorträgt, sie wolle generell weniger Verkehr. Vergessen Sie doch einfach mal das Narrativ, Sie wollen ja alle eine 10-Millionen Schweiz. Haben Sie denn das Gefühl, dass alle, die zuwandern, mit dem Kistenvelo in die Schweiz kommen? Das stimmt doch einfach nicht. Wenn wir nochmal eine Million mehr in diesem Land haben, dann nimmt selbstverständlich auch der Verkehr zu, und wer etwas anderes behauptet, sieht das einfach nicht realistisch.

Wir haben eine Zunahme in der Bevölkerung, wir brauchen verkehrsrelevante Infrastrukturprojekte und diese sollten wir auch einheitlich vertreten als Kanton, als Region, auch beim Bund, wenn wir Erfolge haben wollen. Dementsprechend sind solche Anzüge nicht förderlich für die regionalen Interessen von Basel und von der Region. Dementsprechend bitte ich Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Tonja Zürcher hat die Gelegenheit, eine Frage zu stellen.

*Tonja Zürcher (GAB):* Eine Frage zu den Entscheidungen: Sind Sie oder ist Ihre Partei nicht gegen die Aufhebung von Freizeitgärten gelten und gegen die Rodung von Bäumen?

*Pascal Messerli (SVP):* Selbstverständlich sind wir das, wir müssen nämlich auch dort gute Lösungen finden. Es gibt teilweise nationale Projekte, die dem entgegenstehen, da haben Sie recht. Dementsprechend müssen wir auch gerade in anderen Gebieten schauen, dass wir diese Punkte, Freizeitgärten und Bäume, erhalten können, weil ja auch der Gegenvorschlag zur Initiative bei den Freizeitgärten 80 Prozent der Fläche erhalten haben wollte.



*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die nächste Zwischenfrage kommt von Johannes Sieber.

*Johannes Sieber (GLP):* Ich habe wieder zwei Fragen. Haben Sie den Anzug überhaupt gelesen und zweitens, in welcher Zeile lesen Sie denn, dass der Anzug den Rückbau oder irgendwelche Massnahmen an der Osttangente fordert? Das steht da gar nicht.

*Pascal Messerli (SVP):* Ich habe den Anzug gelesen und dort steht auch, dass man Szenarien prüfen sollte, wie Kapazitäten auf der Osttangente reduziert werden können.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* An dieser Stelle begrüsse ich auf der Tribüne eine Klasse der FMS Basel mit Lehrperson Tanja Ruder. Ihr seid im Rahmen des Wahlfachs Politische Bildung hier und das finden wir super. Herzlich willkommen!

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir setzen die Debatte fort mit Franz-Xaver Leonhardt.

*Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP):* Politische Bildung ist auch politische Meinungsbildung, und wir sind jetzt hier bei diesem Anzug bei einer politischen Meinungsbildung, denn es geht um ein ganz grosses Infrastrukturprojekt für Basel, für die Entwicklung von Basel mit einem langen Horizont. Ich bin froh, dass der Anzug ein Anzug ist und keine Motion. Ich glaube, am Anfang gabe es die Idee für eine Motion. Darum können wir etwas entspannter dieser Überweisung oder Nichtüberweisung entgegenschauen. Wir von der Fraktion die Mitte/EVP sind für Nichtüberweisen.

Inhaltlich geht es ja darum, ob wir den Rheintunnel bauen und wie wir mit dieser zusätzlichen Kapazität umgehen. Ich glaube, die Meinungsbildung ist auch bei unserer Fraktion hier noch offen. Ich habe jetzt gehört, dass man einfach einen zusätzlichen Tunnel macht und es dann keine Reduktion gibt. Ich glaube, da werden wir noch viel darüber diskutieren. Ich persönlich bin natürlich der Meinung, dass die Anwohnenden vom Mehrverkehr entlassen werden müssen, denn hier ist es doch sehr lärmig. Ich glaube aber auch, dass man nicht einfach die oberirdische Autobahn schliessen müsste. Es gab auch eine Idee, die Wettsteinbrücke vom Autoverkehr zu entlasten und ich möchte wissen, wie man das machen würde, wenn über die Autobahn kein Verkehr mehr führt.

Also hier werden wir sehr viel zu diskutieren haben in den nächsten Jahren. Nichtsdestotrotz, wir finden, diese Fragen hätte man auch mit einer schriftlichen Anfrage vorbringen können. Jetzt stimmen wir über einen Anzug ab. Wir sind dagegen, sind aber entspannt.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nehmen Sie die Zwischenfrage von Daniel Seiler an? Sie wird angenommen.

*Daniel Seiler (FDP):* Ich möchte ein bisschen Aufklärungsarbeit leisten. Das ASTRA geht mit bis zu 17 Prozent Entlastung innerhalb der Stadt durch den Rheintunnel aus. Ist das nicht genügend Entlastung für den Anfang?

*Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP):* Das ist in mehr als 10 Jahren. Die Stadt vom Autoverkehr zu entlasten wäre für die Innenstadt ein Mehrwert, für die Lebensqualität dort, und wir von der Mitte/EVP sind für hohe Lebensqualität in der Kernstadt.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächste Einzelsprecherin ist Raffaella Hanauer.

*Raffaella Hanauer (GAB):* Ich liebe Gesetze per se und das trifft sich auch gut, denn wir sind die Legislative und wir machen die Gesetze. Daher möchte ich Sie mitnehmen auf einen kurzen Exkurs in unsere Gesetzestexte.

Der Bund möchte mit dem Rheintunnel die Kapazitäten für den Autoverkehr ausbauen. Er will ermöglichen, dass mehr Autos auf dieser Strecke fahren können. Das Umweltschutzgesetz schreibt aber vor, dass die Gesamtverkehrsleistung auf dem kantonalen Strassennetz nicht zunehmen darf. Es dürfen also per Gesetz auf den Kantonsstrassen nicht mehr Autos fahren als heute. Klar, der Rheintunnel ist eine Nationalstrasse. Aber wer Strassen sät, wird Verkehr ernten, und daher werden die



Autos, die über diese Nationalstrasse fahren, bestimmt auch vermehrt auf den Kantonsstrassen sein. Wir wissen ja auch, drei Viertel des Verkehrs heute auf der Osttangente ist hausgemacht. Daher ist Mehrverkehr zu erwarten.

Der Anzug bittet um die Umsetzung dieses Gesetzesartikels, der im Umweltschutzgesetz § 13 steht. Zusätzlich gibt es im Umweltschutzgesetz noch einen weiteren Artikel, der ebenfalls umgesetzt werden muss. Es steht dort: «Wird die Kapazität des Hochleistungsstrassennetzes auf Kantonsgebiet erhöht, ergreift der Kanton Massnahmen, um das übrige Strassennetz im Gegenzug in gleichem Masse dauerhaft zu entlasten vom Verkehr.» Beide Artikel zusammen ergeben also den Grundsatz, dass es im Kanton nicht Mehrverkehr geben darf. Baut der Bund-Autostrassen aus, wie er das mit dem Rheintunnel macht, muss der Kanton auf dem eigenen Strassennetz im selben Masse rückbauen. Baut der Bund Autostrassen aus, muss der Kanton auch dafür sorgen, dass das nicht generell zu Mehrverkehr führt.

Der Anzug zeigt auch genau diesen Widerspruch auf. Die Regierung muss das Umweltschutzgesetz einhalten. Das Umweltschutzgesetz des Kantons ist klar. Der Bund baut trotzdem massiv aus und zwar so massiv, dass es kaum möglich sein wird, diese Verkehrszunahme kantonal rückgängig zu machen, sobald die Infrastruktur mal gebaut ist. Hinzu kommt nicht nur unser Gesetz, sondern auch die Verfassung. Das Netto Null Ziel gilt für uns alle, das gilt auch für den Verkehr. Die Klimastrategie besagt, dass wir auf Strassen wie der Osttangente oder dem zukünftigen Rheintunnel in Zukunft einen Sechstel weniger Verkehr haben wollen. Das ist unser Ziel.

Wir werden diesen Anzug überweisen, denn wenn er nicht überwiesen wird, ist das ein klares Signal gegen das Umweltschutzgesetz und ein klares Signal dafür, dass es in Ordnung ist, wenn die Regierung die Gesetze nicht einhält. Wir hätten jedoch erwartet, dass der Regierungsrat entlang der eigenen Gesetze und entlang der eigenen Verfassung, namentlich dem Klimaschutzartikel, auch handelt. Demnach müsste der Regierungsrat konsequent den Rheintunnel ablehnen und sich beim Bund dagegen einsetzen, wie die Stadt Bern das bei einem der Ausbauprojekte des Bundes nun macht, sie hat Einsprache gemacht. Leider tut der Regierungsrat dies nicht. Die Gemeinde Birsfelden beispielsweise hat Einsprache gemacht gegen den Rheintunnel, und dass es auch anders geht, zeigt auch die Stadt Zürich. Diese hatte nämlich eine ähnliche Bestimmung im Gesetz, nach der der Verkehr ebenfalls dort nicht zunehmen darf und auch dort hat die Regierung per Einsprache den notwendigen Rückbau eingefordert.

Das Problem, das der Anzug anspricht, ist demnach recht bestürzend, und dass die GLP vom Regierungsrat fordert, das geltende Gesetz einzuhalten, spricht in meinen Augen nicht für das Vertrauen der GLP in die eigene Regierungsrätin. Wenn der Regierungsrat den Rheintunnel nicht stoppt, dann muss es die Bevölkerung tun. Ich blicke daher motiviert auf die Abstimmung, die bald kommen wird, und wir werden im Sinne einer Schadensbegrenzung, falls das Worst Case-Szenario eintritt und dieser Ausbauschritt kommt, diesen Anzug überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächste Sprecherin ist Lisa Mathys.

*Lisa Mathys (SP):* Ich muss vorwegschicken, dass ich es wirklich befremdlich finde, wenn die vereinte Bürgerliche sich quasi gegen den Willen eines Rückbaus der Osttangente ausspricht, obwohl eine Motion überwiesen ist, die das genau fordert. Diese Verpflichtung, dieser Auftrag an die Regierung gilt, und ich finde es wirklich schade, wenn Sie sich dagegen so versperren.

Es wurde auch gesagt, dass es um die Entlastung der Anwohnenden in den Quartieren gehe. Auch die Anwohnenden der Osttangente leben in Quartieren und ihnen haben wir seit vielen Jahren zugemutet, dass sie jedes Jahr höhere Lärmbelastungen ertragen müssen, höhere Schadstoffbelastungen auch erdulden müssen und die liegen zum Teil über den Alarmwerten. Das ist nicht einfach eine Spielerei. Wir muten den Bewohnerinnen und Bewohnern in diesen Quartieren echt viel zu seit vielen Jahren und wir schulden es ihnen, dass wenn so ein Tunnel gebaut wird, dass ihre Entlastung entlang der heutigen Osttangente auch wirklich erfolgt.

Eine Stadtreparatur ist nötig, die Osttangente, wie sie gebaut wurde in den Sechzigerjahren, würde heute niemals mehr so gebaut. Wir müssen diesen Fehler korrigieren und wir schulden das der betroffenen Bevölkerung. Natürlich geht es mir ein bisschen ähnlich wie Raffaella Hanauer. Auch ich hätte erwartet, dass die Regierung schon lange klare Kante zeigt und wirklich den Willen darlegt, die hängige Motion umzusetzen, wie es der Wille des Parlaments ist. Schade ist, dass Regierungsrätin Esther Keller heute nicht da ist, aber offenbar ist ihre Fraktion ja ähnlicher Meinung.

Noch zum Lobbyieren auf nationaler Ebene, das Pascal Messerli angesprochen hat. Ich finde es auch sehr wichtig, dass wir lobbyieren auf nationaler Ebene, und zwar für einen entschlossenen ÖV-Ausbau. Denn diese Verkehrsform, diese Mobilitätsform ist sehr viel effizienter als der motorisierte Individualverkehr, und deshalb wird auch die Zukunft der Mobilität darin liegen und wir müssen uns darauf konzentrieren, die Infrastruktur in diesem Bereich bereitzustellen, damit wir wirklich die Mobilitätsleistung erbringen können, die es braucht. Es macht keinen Sinn, die Mobilitätsformen weiter zu fördern für die, die jeden Tag Lust haben, sich in den Stau zu stellen, sondern wir müssen die effiziente Mobilität fördern. Das ist die Aufgabe.



Franz-Xaver Leonhardt hat vom langen zeitlichen Horizont gesprochen. Gerade erst recht ist es der falsche Weg, jetzt auf so ein Projekt allein zu setzen und das Gefühl zu haben, wir müssten die Autobahnkapazität immer noch weiter ausbauen. Das ist nicht zukunftsgerichtete Verkehrspolitik. Wir müssen wirklich dafür sorgen, dass der Verkehr effizient abgewickelt werden kann. Zudem ist es ja auch noch so, dass der Kapazitätsabbau auf der Osttangente nicht per se eine Vollsperrung bedeuten muss, sondern dass man eben da weiterhin auch zum Beispiel eine Spur in jede Richtung haben könnte. Und das ist ja kein Widerspruch in sich.

Daniel Seiler sich, wenn ich das so sagen darf, ein bisschen aufgespielt mit Aufklärungsarbeit hier am Mikrofon. Es gibt auch andere Zahlen. Sie haben die angenommene Entlastung der Quartiere angesprochen, die aus den Quartieren zurück auf die Osttangente gehen würde. Ich wiederhole hier noch einmal, dann setzen wir einfach die Anwohnenden weiterhin der Lärmbelastung aus. Aber es gibt dann auch noch das BFW, das im Mikrozensus im Basisszenario klar festhält, dass ab 2030 der Verkehr nicht weiter zunehmen wird, sondern er wird sich stabilisieren und dann zurückgehen, wenn wir unsere Hausaufgaben eben gut machen, dann wird das sogar schnell vorangehen, indem wir mit dem ÖV sehr viel effizienter Mobilität abwickeln können. Es spricht also nichts dagegen, die Prüfungen vorzunehmen, wie sie die GLP-Fraktion in dieser Motion fordert, und die SP-Fraktion wird der Überweisung deshalb zustimmen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es gibt Zwischenfragen von Pascal Messerli und Johannes Sieber. Sie werden angenommen. Zuerst hat Pascal Messerli das Wort.

*Pascal Messerli (SVP):* Sie haben gesagt, wir sollen den öffentlichen Verkehr gemeinsam fördern und dort lobbyieren. Gibt es denn Kräfte in diesem Grossen Rat, die zum Beispiel das Herzstück derart stark bekämpfen, wie Sie den Rheintunnel bekämpfen?

*Lisa Mathys (SP):* Ich würde eben genau dort den Akzent und den Fokus setzen, denn das ist am Ende effiziente Mobilität.

*Johannes Sieber (GLP):* Raffaella Hanauer hat schon auf Regierungsrätin Esther Keller angespielt, Sie jetzt auch noch. Jetzt wollte ich fragen, ob Sie sich bewusst sind, dass Regierungsrätin Esther Keller für Mehrheiten in der Regierung auch Ihre Vertretungen?

*Lisa Mathys (SP):* Ich habe ihr und dem ASTRA immer sehr gut zugehört und einfach keinen eindeutigen Willen dazu gehört, dass man wirklich diese Motion umsetzen will. Und schlussendlich ist sie es, die es vertreten muss, deshalb möchte ich ihr heute auch einiges mitgeben.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für ein Einzelvotum hat sich gemeldet Daniel Seiler.

*Daniel Seiler (FDP):* Ich möchte die Aufklärungsarbeit noch ein bisschen fortsetzen, widerwillig. Aber wir haben jetzt wirklich vorher noch einmal über diese Entlastung gesprochen und ich habe schon langsam das Gefühl, dass viele Leute dieses Projekt noch gar nicht angeschaut haben. Diese Entlastung kommt eben genau der Stadt zu gut. Heute haben Ausweichverkehr wir durch Stau auf dieser Osttangente in den Quartieren, und da ist die Belastung sehr stark in den Quartieren, eben durch den Ausweichverkehr. Das sind die Zahlen, die das Bundesamt erarbeitet haben, wir sprechen bis zu 17 Prozent Entlastung in den Quartieren, und das ist doch genau das, was Sie wollen. Darum verstehe ich nicht, dass Sie sich so gegen diese Situation stellen.

Es gibt natürlich schon verschiedene Szenarien. Das eine Szenario ist das Wunschscenario, wo man wahrscheinlich mit sehr restriktiven Massnahmen, die sich nie realisieren lassen in der Schweiz eben diese Zahlen nicht erreicht. Wenn man die durchschnittlichen Szenarien anschaut, dann sieht eben das Wachstum sehr sehr ganz anders aus und das ist eigentlich auch die logische Entwicklung, die wir in den letzten Jahren national gehabt haben. Darum, wer wirklich das Quartier entlasten will, der unterstützt das Projekt Rheintunnel und stellt sich nicht dagegen. Das ist eigentlich ganz einfach.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es gibt Zwischenfragen von Lisa Mathys, Andrea Strahm und Tonja Zürcher. Sie werden angenommen.



*Lisa Mathys (SP):* Ich habe vom Basisszenario gesprochen, nicht von einem Wunschscenario. Das ist ein grosser Unterschied. Meine Frage an Sie: Bestreiten Sie die Belastung der Anwohnenden durch den Verkehr der Osttangente mit überschrittenen Alarmwerten im Lärmbelastungsbereich, aufgrund dessen wir hier sogar Massnahmen gesprochen haben.

*Daniel Seiler (FDP):* Durch den Rheintunnel kommt eben der Verkehr in den Tunnel, und das ist ja das, was wir alle wollen. Wir wollen die Verlagerung in diesen Tunnel.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Das Wort hat Andrea Strahm.

*Andrea Strahm (Mitte-EVP):* Ich hätte diese Frage auch Lisa Mathys stellen können, ich stelle sie jetzt aber Ihnen, weil sie in Verkehrsfragen gut informiert sind. Was passiert, wenn im Tunnel ein Unfall geschieht und wir oben zurückgebaut haben? Ist der Verkehr dann wieder in der Stadt oder wie muss man sich das vorstellen?

*Daniel Seiler (FDP):* Es geht eben auch um Redundanzen. Die Osttangente muss auch saniert werden und wenn wir gar keine Osttangente mehr haben und nur den Rheintunnel und die Sanierungsarbeiten stattfinden, dann fährt der Umverkehr natürlich schlussendlich einfach noch mehr durch die Stadt. Das ist eigentlich relativ logisch.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nun stellt Tonja Zürcher ihre Zwischenfrage.

*Tonja Zürcher (GAB):* Ist Ihnen bewusst, dass gemäss jahrzehntelanger und internationaler Erfahrung und diversen Studien nach maximal fünf bis zehn Jahren der Autoverkehr, wenn keine Entlastung physisch gemacht wird, wieder genau da ist wie vorher? Das heisst, die Osttangente ist wieder genau gleich voll wie vorher, nach über zehn Jahren Baustelle das gleiche Resultat.

*Daniel Seiler (FDP):* Ich kenne keine diesbezügliche Studie über die Osttangente.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Tim Cuénod hat das Wort.

*Tim Cuénod (SP):* Es gibt ja im vorliegenden Vorstosstext um flankierende Massnahmen zur Osttangente. Ist es nicht vollkommen normal, dass die Gebietskörperschaft in einem Bereich, wo eine Strasse ausgebaut wird, sich dafür einsetzt, dass die Lärmbelastung möglichst reduziert wird, sei das durch Untertunnelung oder durch andere Massnahmen?

*Daniel Seiler (FDP):* Ein Grossteil der Fragen wurde eben genau durch dieses Gutachten vom ASTRA schon beantwortet.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für ein zweites Votum hat sich Raffaella Hanauer gemeldet.

*Raffaella Hanauer (GAB):* Ich möchte doch gerne noch einmal auf die Entlastungsmetapher eingehen. Wir müssen uns bewusst sein, der Rheintunnel ist ein Projekt, welches ein Teil ist vom Ausbauschnitt des Bundes, sprich der Bund macht mehrere Autobahnausbauprojekte und der Rheintunnel ist eines davon. Wenn wir also von Entlastung sprechen, dann steht dahinter die Annahme, dass der Verkehr zunehmen wird, weil der Bund die Autobahnen ausbaut. Darüber stimmen wir bald ab und damit ist der Rheintunnel ein klares Ausbauprojekt.

Es geht nun also darum, was wir machen, wenn der Bund die Kapazität ausbaut, wenn der Bund-Geld ausgibt, um seine Strassen auszubauen und mehr Autoverkehr zu ermöglichen? Nun müssen wir uns die Frage stellen, was denn die Entlastung ist. Die Entlastung, wie sie auch die Regierung vorschlägt, ist immer eine Entlastung des Verkehrs, den wir in Zukunft erwarten, nachdem die Kapazitäten ausgebaut sind. In meinen Augen ist eine wahre Entlastung, wenn wir den Verkehr nicht mehr weiter ausbauen, wenn wir den Rheintunnel ablehnen, wenn wir die Klimastrategie umsetzen, zu der sich auch die Regierung bekennt und nämlich auf den nationalen Strassen, die den Verkehr auch versuchen zu reduzieren um



einen Sechstel, wie das wirklich auch ein Ziel der Klimastrategie zur Erreichung unserer Netto Null Ziele ist. Und falls das nicht funktioniert, falls trotz allen Widersprüchen in diesem Projekt zu unseren Gesetzen, zu unseren Klimazielen der Rheintunnel dann doch kommt, dann ist ganz klar, dann müssen wir auch zurückbauen und daher sind die Fragen des Anzugs auch richtig und üben den notwendigen Druck aus, den der Regierungsrat offensichtlich braucht.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es gibt eine Zwischenfrage von Pascal Messerli. Sie wird angenommen.

*Pascal Messerli (SVP):* Bestreiten Sie die einfache mathematische Kausalität, dass eine 10 Millionen-Schweiz mehr Verkehr verursacht als eine 9 Millionen-Schweiz.

*Raffaella Hanauer (GAB):* Verkehr kann man steuern. Wenn wir unsere Mobilität auf umweltfreundliche Verkehrsmittel verlagern und reduzieren, dann bestreite ich das absolut.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Alex Ebi hat sich für ein Votum gemeldet.

*Alex Ebi (LDP):* Wir reden da über etwas, das ja total interessant ist, wir werden noch 100 Stunden und Wochen diskutieren darüber, was da noch alles kommt. Aber etwas ist doch sonnenklar: Wenn man eine Strasse hat, auf der Autos fahren, und wenn man dann die erste Strasse aufhebt und eine andere Strasse baut, dann hat man doch keinen Gewinn. Ich verstehe nicht, wie man so lange darüber diskutieren kann. Natürlich, wenn man gar keine Autos will, dann können wir einfach alle Strassen abschaffen und alles absperren. Logischerweise gibt es dann auch keine Autos mehr. Dann müssen wir auch nicht in Zukunft planen, wie viele Autos in Zukunft fahren, nämlich gar keine mehr.

Es wurde schon fast alles gesagt und es ist noch gar nichts gesagt, und ich freue mich auf die grosse Diskussion vor der Abstimmung.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Das Schlusswort in dieser Debatte hat der Anzugsteller Lukas Bollack.

*Lukas Bollack (GLP):* Die Osttangente ist ein Problem für Basel. Ein grosser Teil des motorisierten Nordsüdverkehrs fährt mitten durch unsere Stadt. Die Anrainerquartiere leiden unter Lärm, Ausweichverkehr und Zerschneidung der Siedlungsstruktur. Wie Lisa Mathys schon gesagt hat, heute würde niemand mehr so eine Stadtautobahn bauen. Die Bevölkerung, die Regierung und der Grosse Rat sind deshalb immer wieder mit Forderungen ans ASTRA getreten von mehr Lärmschutzwänden, über ein niedrigeres Tempolimit bis hin zur Verlegung der Autobahn unter den Boden, leider oftmals erfolglos.

Mit dem Rheintunnel soll der grenzüberschreitende Verkehr von der Osttangente verschwinden. Die Lärmbelastung würde sich dadurch reduzieren, zudem würde der Verkehr durch die Redundanz im Autobahnnetz bei Bauarbeiten oder Unfällen weniger in das städtische Strassennetz ausweichen. Es würde Platz im städtischen Verkehrsraum frei, den wir für mehr Begrünung, Aktivverkehr und ÖV nutzen können. Wir Grünliberale finden, diese Chance sollten wir ergreifen. Wir unterstützen das Projekt Rheintunnel deshalb grundsätzlich.

Gleichzeitig sehen wir aber auch Gefahren bei diesem Projekt. Bis 2037 soll Basel-Stadt Netto Null CO<sub>2</sub> Emissionen erreichen. Im Verkehrsbereich soll dieses Ziel gemäss der Klimastrategie der Regierung zum einen mit der Elektrifizierung, zum anderen mit einer Reduktion des motorisierten Individualverkehrs erreicht werden. Das Umweltschutzgesetz fordert zudem, dass die Gesamtverkehrsleistung des privaten Motorfahrzeugverkehrs ausserhalb der Autobahnen nicht zunehmen darf, dass im Fall eines Ausbaus der Kapazität des Autobahnnetzes im Kanton das untergeordnete Strassennetz im gleichen Mass von Verkehr zu entlasten ist und dass umweltfreundliche Verkehrsmittel wie ÖV und Velo bevorzugt zu behandeln sind. Dies entspricht auch den Grundsätzen der Mobilitätsstrategie der Regierung.

Wir Grünliberale stehen voll hinter diesen Zielen. Mit dem Rheintunnel will das ASTRA jedoch die Kapazität des Autobahnnetzes erhöhen. Wir befürchten, wer Strassen baut, wird Verkehr ernten. Eine vom Durchgangsverkehr befreite Osttangente macht das Pendeln mit dem Auto von und nach Basel attraktiver. Das Versprechen der Entlastung der Quartiere vom Verkehr könnte dadurch ad absurdum geführt werden. Es wird also auf jeden Fall flankierende Massnahmen brauchen. Vieles ist hier denkbar, zum Beispiel bessere ÖV-Verbindungen, eine Reduktion oder Verlagerung von Parkplätzen, Superblocks in den Quartieren, die Förderung des Aktivverkehrs oder der Rückbau oder die Umnutzung eines Teils der Osttangente, zum Beispiel für eine Tramverbindung über den Rhein.



Mit diesem Anzug möchten wir von der Regierung wissen, wie sich der Bau des Rheintunnels auf den motorisierten Individualverkehr in unserem Kanton auswirken wird und mit welchen flankierenden Massnahmen die Regierung die Verkehrs- und Klimaziele des Kantons einzuhalten plant. Bezüglich der auszuhandelnden Lösungen ist der Anzug aber komplett offen. Entgegen der Aussage der Handelskammer und des Gewerbeverbandes bedeutet eine Überweisung dieses Anzuges nicht, dass wir uns auf eine bestimmte Lösung festlegen, zum Beispiel einen Kapazitätsabbau auf der Osttangente. Ich bitte Sie deshalb, für eine Überweisung des Anzugs zu stimmen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es sind keine Wortmeldungen mehr möglich. Wir kommen zur Abstimmung. Die Überweisung des Anzugs wurde bestritten von Daniel Hettich und weiteren.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisen, NEIN heisst nicht Überweisen .

### **Ergebnis der Abstimmung**

**55 Ja, 39 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003285, 17.04.24 12:03:37]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Sie haben den Anzug überwiesen mit 55 Ja-Stimmen gegen 39 Nein-Stimmen. Ich danke für die Geduld und wünsche Ihnen einen schönen Mittag.

### **Schluss der 10. Sitzung**

12:03 Uhr